



Vereinigung

# Schweiz-Zimbabwe

Swiss-Zimbabwean Friendship Association

Rundbrief / Newsletter Nr. 58, November 2011

## Editorial

Nach einer kurzen Zeit relativer Ruhe stehen die Zeichen wieder auf Sturm: Mit Blick auf die kommenden Wahlen, von denen bis heute weder Datum noch Modalitäten bekannt sind, und im Versuch, die Macht zu behalten, beginnt Zanu-PF wieder an der Gewaltschraube zu drehen. Nicht nur werden NGO-Mitglieder oder MDC-AktivistInnen willkürlich verprügelt und verhaftet, sondern es werden auch Meetings von MDC-Ministern verboten oder das MDC-Büro durchsucht und mit Tränengas eingenebelt. Es soll offensichtlich wieder ein Klima der Gewalt geschaffen werden. Als ob es davon in Zimbabwe nicht schon genug gegeben hätte. Untersuchungen zeigen, dass mindestens 10 Prozent der Bevölkerung, in einigen Regionen sogar 50 Prozent, an den Nachwirkungen von Gewalterlebnissen leiden und dringend Behandlung benötigen.

Trotz diesem Klima der Gewalt gibt es immer noch VertreterInnen der Zivilgesellschaft, die sich getrauen, ihre Rechte auf Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäusserung, gute Lebensbedingungen oder Offenlegung der Einkünfte aus dem Diamantenverkauf einzufordern. Sie nehmen dabei nicht nur Prügel und Gefängnisstrafen in Kauf, sondern auch lebensgefährliche und bleibende Verletzungen. Stellvertretend für diese AktivistInnen stehen die Mitglieder von Woza (Frauen von Zimbabwe erhebt euch) oder der Diamantexperte Farai Maguwa.

Zanu-PF zweigt einen Teil der Einkünfte aus dem Diamantenverkauf unrechtmässig ab. Diese Einkünfte kommen nicht nur Privatpersonen zu Gute, sondern auch der Wahlkampfkasse von Zanu-PF, die prallgefüllt ist. Auch

Militär und Polizei bedienen sich bei den Diamanten. Eine Anstellung dort ist plötzlich wieder lukrativ und gibt Zanu-PF zusätzliche Macht. Um diese Machenschaften zu verhindern, versuchen diverse NGOs, die Regierung zu zwingen, alle Einkünfte aus den Diamanten offen zu legen. Die Regierung bestreitet alle Vorwürfe, obwohl sie belegbar sind.

Nach der Abstimmungsniederlage 2000, bei der die von Mugabe vorbereitete Verfassungsreform abgelehnt wurde, startete Mugabe zur Erhaltung der Macht die Landverteilungskampagne – Ursache der heutigen desolaten Situation. Es sieht so aus, als ob Mugabe zur „Vorbereitung“ der nächsten Wahlen wieder eine Kampagne lanciert, die ihm Stimmen bringen soll: Die „Indigenisation“-Kampagne: Grössere Firmen in ausländischem Besitz müssen 51% ihrer Aktien an zimbabwische Firmen oder Private abtreten. Es bleibt ein Geheimnis, wie diese Übertragungen finanziert werden sollen. Aber heute schon klar ist, dass Zanu-PF damit Leute für sich gewinnen kann.

Es ist unfassbar, wie ungeniert sich die Elite an den Reichtümern des Landes bedient. Im letzten Rundbrief brachten wir einen Artikel über die Plünderung der Städte, in dem geschildert wurde, wie Stadträte innert kurzer Zeit zu grossem Vermögen kamen, während der öffentliche Dienst zusammenbrach. Im Sommer ist bekannt geworden, dass Mugabe 13 Farmen mit einer Fläche von 15'000 Hektaren besitzt, und dass eine kleine Elite von 2200 Personen die Hälfte des fruchtbaren Bodens besitzt. Es ist schon heute absehbar, dass das Thema Landverteilung bei solchen Zahlen noch lange nicht erledigt ist.

Auffallend ist, dass in den letzten Monaten kaum mehr über die chinesischen Investitionen berichtet wurde. Ein Bericht zeigt, dass neuerdings chinesische und zimbabwische Firmen bei der Ausbeutung der Diamanten in Marange zusammenarbeiten. In einem anderen Bericht sind die zimbabwischen Arbeiter mit der chinesischen Führung unzufrieden.

In letzter Zeit haben einige Gerichtsentscheide aufgehört lassen, nachdem es lange Zeit schien, die Gerichte seien Zanu-PF-hörig. Am 27. September wurden Zanu-Mitglieder wegen dem Mord an einem MDC-Aktivisten zu Gefängnisstrafen verurteilt und verhaftete Woza-Mitglieder wurden schon von erstinstanzlichen Richtern aus der Untersuchungshaft entlassen, weil offensichtlich kein Haftgrund vorlag (früher war das kein Grund für eine Haftentlassung). Trägt hier die unermüdliche Anrufung der Gerichte und die Einforderung von rechtsstaatlichem Handeln Früchte? Hat sich das Machtgefüge doch schon so verändert, dass langsam auch einzelne Richter Stellung gegen unrechtmässiges Vorgehen des Staates nehmen können?

Im vorliegenden Rundbrief beleuchten wir diese Aspekte etwas näher.

Gertrud Baud, Mitglied des Vorstandes

## Inhalt

Editorial	1
Das Gedächtnis und der Präsident	2
ZANU-PF zeigt in Genf ihr wahres Gesicht	4
Hoffnung auf Regen und Frieden; Tsvangirai: Military rift widens; Country risks implosion	6
Wirtschaft: Foreign-owned firms; Some are more indigenous than others; Voucher scheme for HIV; SA: Deportation of Zimbabweans	8
Landwirtschaft: Give resettled farmers title	11
Diamanten: Indian jewellers import ZW diamonds; ZANU stiehlt Diamanten-Geld; KP okays diamonds	11
Beziehungen zu China: Workers demand expulsion of Chinese; Mugabe thanks China for support	13
Gewalt: A traumatized nation; High Court rules in favour of MDC member	14
Woza: Demos für bessere Lebensbedingungen; Williams und Mahlangu frei – wieder in Haft	15
Kirche: Reflexionen zur Situation in Mbare; Further challenges for the Church	17
Jahresbeitrag, Impressum, Unsere Quellen	18
	20

# Das Gedächtnis und der Präsident

Ruth Weiss

In Zimbabwe blieben 2011 die nach der Unterzeichnung des Globalen Politischen Abkommens (GPA) 2008 und der 2009 gegründeten Koalitionsregierung erhofften Reformen aus. Zum größten Teil ist das der sturen, unveröhnlichen Haltung der Zanu-PF des Präsidenten Robert Mugabe zuzuschreiben, aber auch der Unfähigkeit der zwei Fraktionen des Movement for Democratic Change (MDC), sich gegen Mugabe durchzusetzen. Der Präsident behielt weiter die Hebel der Macht in der Hand, wie Sicherheitsorgane, Justiz und Medien. Nun glaubt er an einen Sieg in den kommenden Wahlen und setzt erneut Gewalt für Zanu-PFs Wahlkampagne ein.

Die Präsidenten der Southern African Development Community (SADC) kritisierten im März dieses Jahres bei einem Treffen in Livingstone zum ersten Mal offen die Einschüchterungsmanöver des Staates und die politische Gewalt in Zimbabwe. Die Troika, die das SADC-Organ für Politik, Verteidigung und Sicherheit (OPDS) bildet, bestätigte, dass Verfassungsreformen notwendig seien. Das reizte Mugabe zur Weißglut. Ihm missfiel auch das Verhandlungsteam des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma. Doch sein Versuch, diesen als SADC-Vermittler abzusetzen, scheiterte. Der SADC-Gipfel vom Juni bestätigte zwar die Aussage vom März. Aber öffentlich fielen die Kommentare milder aus. SADC fehlt der Mechanismus sowie der politische Wille, direkt die Angelegenheit eines Nachbarn zu beeinflussen, auch wenn den südlichen afrikanischen Staaten schätzungsweise Gewinne von US\$ 36 Milliarden aus möglichen Investitionen durch die Krise verloren gegangen sind.

Im März beschloss die Troika, das Joint Monitoring and Implementation Committee (JOMIC), das das GPA begleitet, zu verstärken, indem drei Mitglieder aus SADC Staaten JOMIC zugeteilt werden sollen - auch das gegen Mugabes Willen. Leider zog sich die Ernennung dieser Mitglieder in die Länge und wurde durch politische Veränderungen in einigen Ländern weiter verzögert, wie durch den Regierungswechsel in Sambia im September. Inzwischen befindet sich Zimbabwe seit langem im Wahlkampf. In einer Rede vor seiner Zanu-PF am 7. Oktober bezichtigte Zimbabwes Präsident Robert Mugabe seinen Premierminister Morgan Tsvangirai, Führer der größeren der MDC-Fraktionen, die mit Zanu-PF die Koalitionsregierung bildet, als Lügner. Es stimme nicht, laut Mugabe, dass das Land vor 2013 nicht bereit für Wahlen sei.

Hat der Präsident dabei nicht einiges vergessen?

- Die Wahlliste mit ihren hunderten von betrügerischen Eintragungen wurde noch nicht geändert. So gibt es etwa 41'000 Personen über 100 Jahre, hunderte von Minderjährigen und 2.6 Mio. zu viele WählerInnen im Verhältnis zur Bevölkerung.
- Die Wahlkommission ist immer noch mehrheitlich mit Zanu-PF-AnhängerInnen besetzt.
- Die neue Verfassung liegt noch nicht vor. Ein im Oktober vorgelegter Entwurf muss noch von den Koalitionspartnern abgesegnet werden.
- Die vorgesehene Volksabstimmung über die Verfassung steht noch aus.

- Radio und Fernsehen sind weiter ein Zanu-PF-Monopol und die 2008 versprochenen Medienreformen blieben bislang aus.
- Die Sicherheitskräfte unterstützen immer noch einseitig Zanu-PF. Im Juni 2011 erklärte beispielsweise Brigadier-General Douglas Nyikayaramba, dass Wahlen 2011 stattfinden und dass Präsident Mugabe lebenslänglicher Präsident sein solle. Premier Tsvangirai beschrieb er als eine „nationale Sicherheitsbedrohung“. Der Polizeichef Augustin Chihuri steht dem General nicht nach. In Genf erklärte Justizminister Chinamasa im Oktober, Zanu-PF würde keine Reformen der Sicherheitskräfte akzeptieren. Die Reform repressiver Gesetze steht weiter aus. Dazu verfolgt der Staatsanwalt vor allem MDC-AnhängerInnen, während bei den meisten Vergehen, selbst Mord, von Zanu-PF Mitgliedern nicht ermittelt wird.
- Die vorgesehene Überprüfung der Landverteilung fand nicht statt. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, dass Mugabes Firma Mushongo Holding inzwischen zum größten Gutsbesitzer des Landes aufgerückt ist. Angeblich besitzt Mugabe elf Farmen, seine Familie weitere 24. Obwohl nur eine Farm zulässig wäre, besitzen auch andere der Elite von Zanu-PF mehr als eine Farm. Auf einer Farm hält Mugabe fünf Giraffen, Geschenke Muammar Gaddafis, dem er bis zuletzt die Treue hielt. Er weigerte sich, Libyens Übergangsregierung ohne Verhandlung mit Gaddafi anzuerkennen.
- Politische Gewalt ist an der Tagesordnung.

Mugabes Vergesslichkeit betrifft auch die Entstehung der Koalition. In der genannten Rede wurde klar, wie zuwider ihm diese ist und dass er sie schnellstens beenden möchte. Mugabe sagte, wegen dem GPA seien dem Land „drei Jahre Entwicklung“ entgangen, außerdem entspreche diese Struktur „nicht dem Willen des Volkes“.

Ist dem Präsidenten entfallen, dass Zanu-PF die Parlamentswahlen von 2008 verloren hatte? Und dass sich Tsvangirai wegen der Gewalt gegen seine Anhänger (etwa 200 starben), aus der zweiten Präsidentenwahlrunde zurückzog - trotz des Sieges in der ersten? Dass nur dank Vermittlung des damaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki das GPA zwischen Mugabe und den zwei MDC-Parteien zustande kam, das im Februar 2009 zur - von allen Seiten ungewollten - „Vernunftfehe“ führte?

Ließ Mugabes Gedächtnis ihn nicht auch im Stich in Bezug auf die „versäumte Entwicklung“? Es war seine chaotische Landreform ab 2000, die das Land in eine Wirtschaftskrise mit verheerenden Folgen stürzte und den Agrarsektor, der zuvor 400 000 Jobs, Export und Deviseneinkommen sicherte, zerstörte. Dies führte u.a. zu Nahrungsmittelimporten, hoher Arbeitslosigkeit, die 95% im Jahre 2009 erreichte, zur Flucht ins Ausland von etwa 3 Mio. ZimbabwerInnen, sowie zu Verschuldung und Hyperinflation.

Erst nach dem GPA beendete der neue MDC-Finanzminister Tendai Biti 2009 die Hyperinflation mit der Abschaffung des Zimbabwe Dollars. Die entleerten Ladenregale wurden wieder gefüllt und das Wirtschaftswachstum

angekurbelt – 5.9% im Jahr 2010, 9.3% 2011, etwa 7.8% 2012.

Liegt es an Mugabes Vergesslichkeit, dass er seit Jahren fast täglich behauptet, „illegale Sanktionen“ verursachten die wirtschaftliche Misere? Er meint damit das von der EU und den USA veranlasste Einfrieren von Vermögen und das Visa-Verbot. Beide betreffen neben ihm aber nur noch etwa 200 andere Personen und Firmen, die eng mit Zanu-PF verbunden sind. Die Maßnahmen wurden beschlossen, nachdem Gerechtigkeit und Ordnung zusammengebrochen sind. Der Präsident hat vergessen, dass Geberländer ihm weiter humanitäre Hilfe über Nicht-Regierungsorganisationen zukommen lassen.

Als Mugabe 2010 Wahlen angekündigt hatte, nahm die politische Gewalt sofort zu. MDC-AnhängerInnen wurden geschlagen, aus ihren Häusern vertrieben, auf Grund fadenscheiniger Anklagen verhaftet und gefoltert, auch wenn später keine Anklage erfolgte, einige ermordet. Laut MDC wurden 335 MDC- und Menschenrechts-AktivistInnen allein 2011 verhaftet, Tausende drangsaliert und eingeschüchtert, auch durch Militär-Patrouillen in den Dörfern.

Im Februar wurden 46 Personen verhaftet, die einen Film über den Arabischen Frühling ansahen, weil sie angeblich Mugabe absetzen wollten. Im Juli wurde eine Menschenrechtsdebatte im Parlament von Zanu-PF-Anhängern unterbrochen und die Parlamentarier angegriffen. Die Polizei griff nur ein, um die Sitzung zu beenden. Im September eröffnete Mugabe eine neue Parlamentssitzung. Und während er für ein friedliches Zusammenleben plädierte, wurden vor dem Gebäude MDC-AnhängerInnen von Zanu-PF-Anhängern geschlagen, elf krankhausreif. Zanu-PF-Jugendliche, wie die „Chipangano Bande“, misshandeln und erpressen regelmäßig Markthändler in Harare.

Im Oktober befasste sich der „UN Human Rights Council's Universal Periodic Review“ mit der politischen Gewalt in Zimbabwe. Justizminister Patrick Chinamasa legte dafür in Genf einen gezuckerten Bericht vor, der Fortschritte in Sachen Menschen- und Frauenrechte, HIV-Bekämpfung u.a. beschreibt. Dieser Bericht empörte die ebenfalls in Genf anwesenden Organisationen der Zivilgesellschaft, die Beweise von politischer Gewalt vorlegten, die mehrheitlich Zanu-PF zugeschrieben wurde. Zimbabwe Peace Project erklärte, dass allein im Juli 910 Fälle von Gewalt verzeichnet wurden.

Seit längerer Zeit versucht Mugabe, eiligst allgemeine Wahlen durchzuziehen, zuerst sollten sie 2011, dann „vor März 2012“ stattfinden. Verständlich, einem 87-Jährigen bleibt wenig Zeit. Doch in der genannten Oktober-Rede gab er erstmals zu, dass nicht er allein das Datum bestimmen könne, womit er die MDC-Fraktionen sowie

SADCs Beauftragten, Präsident Jacob Zuma, meinte. Das dreiköpfige Zuma-Verhandlungsteam soll eine „Road Map“ erstellen, die für freie und faire Wahlen sorgen soll und von den drei Regierungsparteien akzeptiert werden muss.

Durch die Konzentration auf die „Road Map“ wurde fast vergessen, dass die Bedingungen des GPA nie ganz erfüllt wurden. Im August 2010 waren 24 nicht erfüllte Bedingungen aufgelistet. U.a. ernannte Mugabe niemals MDC-Provinz-Gouverneure, schwor nie den weißen Roy Bennet als stellvertretenden Agrarminister von MDC ein, entließ weder Staatsanwalt Johannes Tomana noch Zentralbankgouverneur Gideon Gono. Die für Bennets vorgesehene Stelle wurde im Oktober mit einem anderen MDC Mann besetzt.

Wahlkampagnen haben nun Vorrang. Dabei ist keineswegs alles innerhalb von Mugabes Partei rosig. Die Nachfolgefrage, die seit Jahren die Partei entzweit, ist akut. Mugabe ist gebrechlich. Laut mehreren Wikileaks-Veröffentlichungen sehnen sich selbst enge Mitarbeiter nach Mugabes Abgang. Der Tod des einflussreichen, ehemaligen Armeebefehlshabers Solomon Mujuru, Mann der Stellvertretenden Präsidentin Joice Mujuru, im August zu Hause durch einen noch ungeklärten Brand, erzeugte erneut böses Blut. Mugabes Anhängern gelang die Aufwertung der jährlichen Dezember-Parteikonferenz zum Parteikongress, sodass Mugabe das Politbüro neu strukturieren, seine durch Wikileaks entlarvten Gegner kaltstellen



und sich zum Präsidentschaftskandidaten für die kommende Wahl erklären könnte.

Zanu-PF hofft, die Wahlen mit Parolen zur Übernahme multi-nationaler Betriebe und „wirtschaftlicher Ermächtigung“ zu gewinnen. 2007 wurde ein Gesetz erlassen, das vorsah, dass Unternehmen im Wert von mindestens US\$ 500 000.- innerhalb von 5 Jahren 51% der Aktien an ZimbabweerInnen zu übertragen haben. Im September 2011 erließ der zuständige Minister Saviour Kusukwere einen neuen Erlass, um das Ganze zu beschleunigen: Betroffene Gesellschaften sollten innerhalb von 14

Tagen Vorschläge zur Aktienübertragung unterbreiten. Die großen Platinproduzenten Impala und Anglo American kamen dem nach, Rio Tinto gab bereits im Oktober 51% einer Diamantenmine ab. Die chinesischen Firmen, die in Kooperation mit Zimbabwe Mining Development Corporation (ZMDC) Diamanten schürfen, sind von dem Gesetz ausgenommen.

Premier Tsvangirai befürchtet, durch das neue Gesetz könnten Investoren abgehalten werden, Mugabe besteht auf der Befolgung des Gesetzes. Dabei gab Kusukuwere offen zu, der Prozess würde im wesentlichen Zanu-PF zu gute kommen, „da andere dagegen sind“. Es ist offensichtlich, dass das Einkommen aus den 2006 entdeckten Diamantenminen bis jetzt der politischen Elite und der Armee zu Gute kam. MDC-T fordert deshalb die Nationalisierung der Diamantenminen, deren Potential auf 14 Jahre geschätzt wird.

Die Staatskasse hätte die Milliarden aus dem Diamantengeschäft bitter nötig. Die ausländischen Schulden betragen US\$ 7 Milliarden, das Budgetdefizit 2011 beträgt US\$ 700 Mio. Die Importe überschreiten die Exporte, Investoren sind durch die neue Gesetzgebung abgeschreckt. Finanzminister Biti beklagt die Reisekosten der Regierung, vor allem jene

des Präsidenten. In diesem Jahr besuchte er aus Gesundheitsgründen bislang sieben Mal Asien. Dank seiner großen Entourage kostet jede Reise etwa US\$ 3 Mio.

Eine gute Nachricht: Der Oktober-Besuch Mugabes beim Oberhaupt der Anglikanischen Kirche, Erzbischof Dr. Rowan Williams, verbesserte die Lage der Pfarrer und der Mitglieder, die vorher seit längerer Zeit von einem exkommunizierten, Zanu-PF-treuen Pfarrer drangsaliert und enteignet wurden.

Leider wird es noch dauern, ehe Zimbabwes BürgerInnen ein besseres Leben erwarten können. Die Landverteilung hat Zanu-PF viele AnhängerInnen gesichert, die kommende Verteilung der Aktien von Bergwerken, Banken und Industrie wird weitere gewinnen. Hoffentlich wird im Fall einer Zanu-PF Wahlniederlage ein Kompromiss zwischen MDC und moderaten Zanu-PF-Mitgliedern gefunden werden – und hoffentlich wird sich herausstellen, dass unkluge Äußerungen des Militärs und der Polizei nur das war – unklug.

(18. Oktober 2011. Ruth Weiss lebte lange Jahre im südlichen Afrika und arbeitete als Wirtschaftsjournalistin u.a. für den Guardian und die Financial Times.)

## **ZANU-PF zeigt in Genf ihr wahres Gesicht**

### **Verletzung der Menschenrechte wegen der vielen NGOs**

Marlon Zakeyo

Zimbabwe nähert sich einer weiteren Runde mit Spannung erwarteter Diskussionen über vorgezogene Wahlen. Viele innerhalb und ausserhalb des Landes fragen sich, wann genau die Wahlen denn stattfinden werden und ob Aussicht auf einen friedlichen und glaubwürdigen Wahlgang bestehe. Andere stellen die Frage, ob Präsident Mugabes Zanu-PF dazu fähig sei, sich selbst oder das Land zu erneuern. Für jene, die Anfang Oktober die Vorgänge an der UNO in Genf mitverfolgt haben, muss die Antwort ein klares „Nein“ sein.

Die „UN Universal Periodic Review“ (UPR) wird als eine konstruktive, fachspezifische und nichtkonfrontative Menschenrechtsplattform bezeichnet, wo sich Spitzendiplomaten aus aller Welt treffen, um die Menschenrechtsbilanz von UNO-Mitgliedstaaten zu beurteilen. Doch als Zanu-PFs Patrick Chinamasa mit seinem Gefolge in Genf eintraf, um Zimbabwes Situation darzulegen, hat er die internationale Menschenrechtsorganisation mit giftigen, aggressiven Leugnungen und banaler Rechthaberei angegriffen.

Der UNO-Menschenrechts-Plenarsaal XX, bei seiner Einweihung 2009 als „Sixtinische Kapelle des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet, wurde am 10. Oktober 2011 Zeuge unverhüllter Obszönitäten der Zanu-PF Propaganda-Maschinerie. Zanu-PF Chef-Unterhändler und Justizminister, Patrick Chinamasa, führte eine Regierungsdelegation an, die nach Genf gekommen war, um an der 12. Tagung der UPR den offiziellen Bericht über Zimbabwe zu unterbreiten. UPR ist eine neue intergouvernementale Menschenrechtsplattform. Alle UNO-Mitgliedstaaten sind aufgefordert, in einem vier Jahres Zyklus Rechenschaft abzulegen, wie sie ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, die Menschenrechte ihrer Bürger zu fördern und zu schützen.

Im Anschluss daran haben sie sich den Fragen der übrigen Mitgliedstaaten zu stellen und deren Vorschläge entgegenzunehmen. Die berichtenden Staaten haben das Recht, solche Vorschläge anzunehmen oder aber abzulehnen. Sie haben auch Gelegenheit von der UNO und der internationalen Staatengemeinschaft zur Implementierung von Reformen technische Unterstützung anzufordern. Organisationen der Zivilgesellschaft erstellen ihre eigenen „Stakeholder“-Berichte, haben bei den Verhandlungen jedoch kein direktes Mitspracherecht. Das UNO-Länder-Team sammelt auf Grund von Berichten verschiedener UNO-Agenturen ebenfalls Daten zur Menschenrechtssituation über das überprüfte Land. Bis zum Ende der Tagung hatten sich 55 Staaten zur Menschenrechtssituation in Zimbabwe geäußert, Fragen gestellt und Vorschläge eingebracht. Aus Zeitmangel konnten 20 Staaten keine Stellung beziehen. Von den gesamthaft 179 Verbesserungsvorschlägen hat Zimbabwe deren 67 vollumfänglich zurückgewiesen, 31 versprochen zu berücksichtigen und 81 akzeptiert.

In seiner Präsentation erklärte Chinamasa, Zimbabwe sei bereit, seinen Verpflichtungen, die Menschenrechte für alle zu fördern und zu schützen, weiterhin nachzukommen. Es werde aber daran gehindert, einerseits durch die „illegalen Sanktionen des Westens“ und andererseits durch die Tätigkeit von über dreitausend Nichtregierungsorganisationen, die von westlichen Kolonisatoren dafür bezahlt würden, der Regierung Steine in den Weg zu legen. Minister Chinamasa prahlte, Zimbabwe sei Vertragspartner verschiedener internationaler Menschenrechtsvereinbarungen. Sein Land habe viele Massnahmen zur umfassenden Förderung der Menschenrechte seiner Bürger öffentlich

bekannt gemacht. Er erklärte im Weiteren, dass die repressiven Gesetze, wie der verhasste „Public Order and Security Act“ (POSA) und der „Access to Information and Protection of Privacy Act“ (AIPPA) nicht reformiert werden, weil Zimbabwe mit solchen Gesetzen in der Welt nicht allein dastehe. Länder wie Iran, Syrien, Venezuela, Cuba, Myanmar, Weissrussland, China und Namibia schlugen sich auf die Seite Zimbabwes. Sie wiederholten das Mantra der Zanu-PF, wonach die westlichen Sanktionen das hauptsächliche Hindernis beim Schutz und der Förderung der Menschenrechte in Zimbabwe darstellten.

Ermutigt durch die Unterstützung gleichgesinnter diktatorischer Regime setzte Chinamasa seinen hemdsärmeligen Konfrontationskurs bis hin zu seiner Schlussansprache im Rahmen der Eintretensdebatte über Zimbabwes Bericht fort. Er erklärte dem Kollegium, Zimbabwe werde alle Verbesserungsvorschläge aus westlichen Ländern und gewissen feindlichen arabischen Staaten zurückweisen. Nur

Vorschläge aus der afrikanischen Gruppe und „gleichgesinnten Staaten“ wie China, Russland und anderen werde es annehmen. Doch es fehlte eine befriedigende Erklärung, weshalb auch vernünftige Vorschläge aus dem benachbarten Zambia abgelehnt wurden, beispielsweise die dringend notwendige Ratifizierung der internationalen Konvention gegen das Verschwindenlassen.

Ungeachtet des trotzigen Auftretens von Seiten der Regierung, haben die Vertreter der nationalen Zivilgesellschaft mutig ihren abweichenden Bericht zur Menschenrechtslage in Zimbabwe vertreten. Ihre Exponenten argumentierten, es sei unglaublich, das Streitthema westliche Sanktionen heranzuziehen, um Menschenrechtsverletzungen und Systemmängel in Zimbabwe zu verteidigen. Dies gelte auch für die Angriffe auf Menschenrechtsaktivisten, die Verfolgung politisch Andersdenkender, die Unterdrückung der Presse, die unterlassene Zusammenarbeit mit der UNO und internationalen Menschenrechtsorganen, die Ratifizierung von Verträgen und die Umsetzung von zentralen Reformen wie jene, die vor zwei Jahren unter dem „Global Political Agreement“ vereinbart worden sind. Zimbabwe kommt die zweifelhafteste Ehre zu, noch nie einem UNO Sonderbeauftragten für Menschenrechte erlaubt zu haben, die Menschenrechtslage vor Ort zu überprüfen.

Eine ganze Anzahl Staaten einschliesslich der Schweiz haben sehr positiv auf die Bemühungen der NGOs reagiert, als sie an der Reihe waren, Fragen und Vorschläge an die zimbabwische Regierung zu richten. Einige der Länder ermunterten Zimbabwe mit dem Erlass von Gesetzen die Funktionsfähigkeit der neuen zimbabwischen Menschen-

rechtskommission zu gewährleisten: Grundlegende internationale Verträge wie die Konvention gegen die Folter sollten ratifiziert, die Verfolgung von Menschenrechtsaktivisten eingestellt sowie glaubwürdige, freie und faire Wahlen garantiert werden. Andere verlangten mehr Transparenz beim Umgang mit Bodenschätzen, besonders den Diamantenfeldern im Westen des Landes, wo grobe Menschenrechtsverstöße die Ausbeutung prägten und Missbrauch beinahe den „Kimberly Process“, das internationale Kontrollorgan des Diamantenhandels, lahmlegte. Etwa 15 führende NGO-Mitglieder, Vertreter



der „Zimbabwe Lawyers for Human Rights“, „Zimbabwe Human Rights NGO Forum“, „National Association of NGOs“, „Crisis in Zimbabwe Coalition“, „Election Support Network“, „Zimbabwe Peace Project“, „Zim-RIGHTS“ und das „Zimbabwe Advocacy Office“ haben verschiedene Regierungsdelegationen und UNO-Agenturen eingeladen und

ihnen Beweismaterial über Menschenrechtsverstöße und andere Schwachstellen vorgelegt, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Die NGO-Delegierten haben zur Untermauerung ihrer Anliegen an die UNO im Palais des Nations zwei Nebenveranstaltungen durchgeführt, nämlich die Lancierung eines Grundsatzpapiers zur Interessenvertretung und eine Fotoausstellung über Menschenrechte.

Unmittelbar nach Abschluss der Begutachtung Zimbabwes vor der UPR herrschte unter den zimbabwischen Menschenrechtsaktivisten ein Gefühl tiefer Enttäuschung über das unkooperative, abweisende Verhalten der Regierung und deren Skepsis mit Bezug auf den Stellenwert des UPR Prozesses als Ganzem. Nach weiterem Überlegen wird indes vollkommen klar, dass die Hoffnung vor allem auf der Nachverfolgung und Umsetzung jener Vorschläge liegen muss, zu denen sich Zimbabwe vor aller Welt bekannt hat. Wichtig ist noch dies: Mit seinem Auftritt in Genf hat Chinamasa weder weitere neutrale Staaten für sich gewonnen noch die Welt davon zu überzeugen vermocht, wie unfair das Regime in Harare behandelt werde. Stattdessen hat er die Zanu-PF in beispielloser Weise entlarvt und der internationalen Staatengemeinschaft deren wahres Gesicht gezeigt: Die Unerbittlichkeit in ihrer Ablehnung demokratischer Reformen. Es ist zu hoffen, dass Staaten, welche bislang auf die sanfte Tour eines Mbeki gesetzt hatten, endlich aufwachen und zusammen mit Südafrika, weiteren Nachbarstaaten, der UNO und anderen den notwendigen Druck aufbauen, damit es in Zimbabwe endlich zu glaubwürdigen Wahlrechtsreformen kommt.

(Genf, 28. Oktober 2011; Übersetzung Walter Huwyler)

# Hoffnung auf Regen und Frieden

Gertrud Scheu

Dieses Jahr feiere ich zum 50. Mal Weihnachten in Zimbabwe. Das heisst auch, dass ich 50 Weihnachtsbriefe geschrieben habe. Von den ersten Jahren gibt es noch einige einzelne Kopien auf Durchschlagpapier, spätere sind auf Xeroxpapier, und dann kam der Computer. Ich habe sie durchgeblättert. Immer wieder geht es um die Hoffnung, dass Regen kommt. Mit den wechselnden klimatischen Verhältnissen wird die Bedrohung von Hunger und Dürre immer grösser. Auch in diesem Jahr lässt der Regen auf sich warten.

Ein Thema, das ebenfalls immer wieder auftaucht, ist die Hoffnung auf Frieden und Befreiung von Armut und Unterdrückung. In den schwierigen Zeiten, in denen wir leben, ist es schwierig, diese Hoffnung aufrecht zu halten.

Die Hoffnung der Kinder im Rosedale-Heim kreist darum, ob sie die Examen geschafft haben. Vor allem Shingi und Sheperd, die Form 4 geschrieben haben, wissen, dass ihre Zukunft ganz davon abhängt. Weiter studieren bis zum Uniabschluss ist der grosse Traum. Sonst besteht noch die Möglichkeit, einen Platz in einem Lehrerseminar, im Spital als Krankenschwester oder in der Landwirtschaft zu suchen. Aber für diese Plätze braucht man die richtigen politischen Beziehungen.

Schon die Siebtklässler wissen, dass alles davon abhängt, ob die Noten genügen, damit sie in einer der wenigen guten Mittelschulen aufgenommen werden. Wegen dem LehrerInnenstreik sind viele Stunden ausgefallen. Während den letzten Ferien konnten die Kinder etwas aufholen, wenn die Eltern bereit waren, Nachhilfestunden zu bezahlen. Für uns kosteten sie US\$ 560.-. Es gibt Schulen, wo die LehrerInnen täglich am Nachmittag den Stoff vom Morgen gegen Geld viel besser behandeln. Den Eltern bleibt nichts anderes übrig, als zu zahlen. Das ganze Bildungssystem liegt im Argen. Die Examen für jede Stufe werden zentral verfasst und müssen dann im ganzen Land zur gleichen Stunde geschrieben werden. Einige Leute haben viel Geld verdient, indem sie die Examenpapiere im Voraus für viel Geld verkauften. An einigen Orten wurden die Examen deswegen für ungültig erklärt. Darunter litten die Kinder, die das Jahr repetieren müssen.

Die Arbeitslosigkeit ist enorm. Es gibt immer mehr Jugendbanden, die die Leute terrorisieren und ganze Häuser

## Tsvangirai – Military Rift Widens

Edwards Jones

The rift between Prime Minister Morgan Tsvangirai and defence forces chiefs is widening and degenerating into a public spat in what analysts say raises political tensions and confirms fears that the military could block the Premier from taking power if he wins the next election. Critics say a cabal of defence forces chiefs is the real power behind President Robert Mugabe and crafted a covert plan in 2008 to violently return the ageing leader to power after a first round defeat to Tsvangirai. Zimbabwe's security brass has continued to publicly back Mugabe and his ZANU-PF party, angering the Movement for Democratic Change (MDC), which says the uniformed men should stay out of politics.

besetzen. Sogar die Polizei ist hilflos. Dazu kommt, dass Südafrika bis Ende Jahr über eine Million illegale zimbabwische Einwanderer zurück schicken will. 600 bis 1'000 werden täglich an die Grenze gebracht.

In der Baby-Abteilung hat es endlich wieder Nachwuchs gegeben. Alle freuen sich darüber, besonders Gogo. Beide Kinder wurden im Spital zurückgelassen, nachdem die Mütter an AIDS gestorben sind. Die Personalien der verstorbenen Mütter wurden beim Eintritt nicht aufgenommen. Und niemand hat sich nach den verstorbenen Müttern oder nach den Baby's erkundigt.

Nach Verordnung der Regierung müssen wir unseren Angestellten Lohnerhöhungen bezahlen. Das mögen wir ihnen zwar gönnen, auch wenn es unser Budget durcheinander bringt. Ungerecht ist aber, dass das Gleiche nicht für Staatsangestellte gilt. Diese streiken weiter. Die LehrerInnen sind nicht die einzigen. Fast täglich streiken wieder andere Gruppen, das Spitalpersonal, Piloten, Kehrriechtmänner und sogar die Staatsanwälte, worüber sich die Kriminellen freuen können.

Mit der Versorgung von Wasser und Elektrizität wird es immer schlimmer. Ohne Generator kommen wir nachts nicht mehr durch, auch wenn Diesel sehr teuer ist.

Zur Abwechslung hatten wir dieses Jahr eine freudige Überraschung. Wir erhielten von der Regierung nach 20 Jahren wieder einmal einen Geldbetrag von US\$ 5'246.- als Auszeichnung für das bestgeführte Heim in der Provinz. Darauf sind wir natürlich alle stolz.

Überraschend stand in der Zeitung, dass in der zerstrittenen Zanu-PF Einigkeit herrsche, dass Mugabe gehen müsse. Wenn jemand das vor einigen Wochen gesagt hätte, hätte das Gefängnis oder noch Schlimmeres bedeutet. Jetzt hoffen wir erneut, dass das neue Jahr doch Änderungen bringt.

(Gweru, 21. Oktober 2011. Gertrud Scheu lebt seit 1961 in Zimbabwe, arbeitete als Sozialarbeiterin und engagiert sich seit der Pensionierung für das Rosedale-Kinderheim.)

Last week Tsvangirai threw the gauntlet at the security chiefs when he dared them to remove their uniforms and battle him in the political arena if they had the courage, instead of hiding behind guns. Brigadier-General Douglas Nyikayaramba said yesterday Tsvangirai was not a political threat but major security threat, in tough comments that showed that the formation of a unity government in 2009 had done nothing to improve relations between the Premier and security establishment. Analysts say Nyikayaramba could not have spoken without authority from the Defence Forces Commander Constantine Chiwenga, who is well known for his dislike for Tsvangirai. "If there is anything that we have learnt from Nyikayaramba's

comments, it is that more than 24 months of the so called unity government, the military does not trust Tsvangirai as a national leader," Eldred Masunungure, a political commentator said.

A local weekly newspaper reported this month that the military would back Chiwenga, a former combatant in the country's war for independence, to tack over as President after Mugabe. Military sources say Chiwenga has previously wanted to step down from his military post to take a position in ZANU-PF but has met resistance from the party. Mugabe, who turns 88 next February, still wants to contest Zimbabwe's next presidential election despite fears of failing health and charges from his rivals that he had lost control to hardliners within the security service and ZANU-PF.

The MDC has been pushing for reforms in the security service, saying the police, army and intelligence organisation should not take part in politics or openly show support for political parties as this undermines their integrity. The call for reforms is likely to grow louder following Nyikayaramba's comments. Nyikayaramba told the state-owned Herald that Tsvangirai was an agent of Western powers seeking to topple Mugabe and ZANU-PF from power and that this justified the military's interference in domestic politics. The outspoken brigadier-general, who has become the defence forces defacto spokesman, said Tsvangirai was a major national threat.

"Tsvangirai doesn't pose a political threat in any way in Zimbabwe, but is a major security threat. He takes instructions from foreigners who seek to effect illegal regime change in Zimbabwe," said Nyikayaramba. "President Mugabe will only leave office if he sees it fit or dies. No one should be

## PM: Country Risks Implosion

Security agents loyal to President Robert Mugabe are behind a "coup" that is plunging the country back into political violence, Prime Minister Morgan Tsvangirai has claimed. Tsvangirai, speaking this week after police sealed the offices of his Movement for Democratic Change party, firing tear-gas into the building and at bystanders in Harare, said: "It appears the demons of violence are back - a siege mood seems to be slowly gripping the country. "The state security agents have instituted a coup over the civilian authority and they are now above the law, to the extent of disrupting government programs and assaulting civilians with impunity."

Incidents of political violence decreased after Mugabe and Tsvangirai formed a unity government following disputed elections in 2008, during which more than 200 people died, but talk of a poll next year has reignited tension. Tsvangirai remains critical of the President for clinging to power, but describes the relationship in their weekly meetings as cordial. However, tensions appear to be escalating as parties begin campaigns for elections expected early next year and in recent weeks police have disrupted Tsvangirai's rallies in the western Matabeleland region, where the MDC won the majority of parliamentary seats in 2008. Last Saturday, ZANU-PF militants disrupted an MDC rally organised by a minister jointly responsible for police affairs. Tsvangirai said: "The violence we are witnessing is state-sponsored and state-driven. It is being championed by a few fascist leaders who want to reverse the little progress we have made.

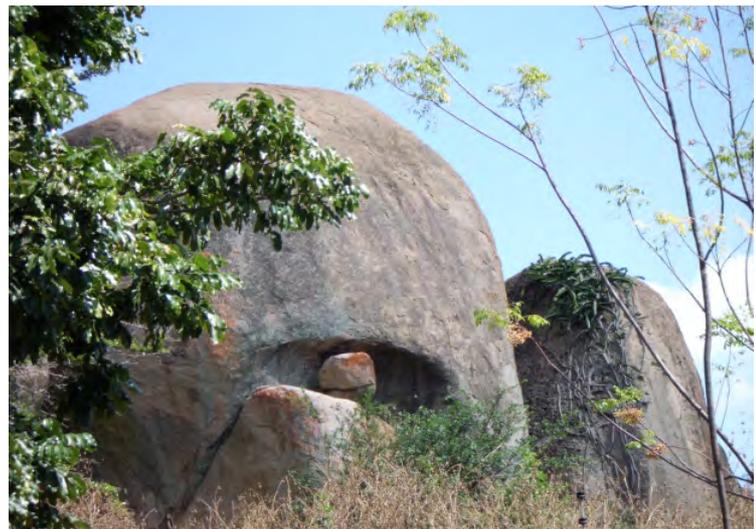
talking about his departure at the moment. We will die for him to make sure he remains in power."

Nyikayaramba did not say what the military would do to Tsvangirai to neutralise the threat that it believes he poses, but analysts say Nyikayaramba's remarks could be construed as a threat to carry out a coup should Tsvangirai assume power. Political analysts said Tsvangirai's comments which sparked a response from Nyikayaramba maybe a sign of increasing frustration on his failure to bring a change in attitudes among the security apparatus. The analysts however said Tsvangirai should have done more to win the support of the security apparatus, which could block his ascendance to power.

The former trade union leader remains popular among Zimbabwe's restive voters but his critics say he is often outwitted by Mugabe, a deft political operator who left prison in 1975 to lead the armed struggle as ZANU-PF leader. The MDC says Tsvangirai will beat Mugabe in a free and fair election, but with the shadow of the military looming large over the country, a violence free poll is unlikely in the country. "To some people Tsvangirai may come out as having antagonised the security establishment but I think he may have made a decision that even after trying to warm up to them, they will never see him as one of them," Masunungure said. "He never got their support and will never get it. That is the reality." Mugabe is pushing for elections this year but analysts say this is now highly unlikely as the country's political rivals fight over a new constitution, which is expected to be completed by the end of the year.

(Harare, 24 June 2011, ZimOnline)

"The country is at a high risk of imploding if some in the leadership continue to be privately abetting lawlessness while publicly preaching non-violence." Tsvangirai said



Mugabe had assured him during a meeting on Tuesday the issue of violence would be dealt with. In a speech to parliament in September, Mugabe called for an end to violence. While he was speaking, militants attacked MDC activists outside. ZANU-PF denies engaging in violence and accuses MDC supporters of provoking its supporters.

(4 November 2011, newzimbabwe, in: zimbabwesituation, 5 November 2011)

# Wirtschaft

## Zim to probe foreign owned firms

Tobias Manyuchi

Zimbabwean authorities said on Tuesday they would soon probe foreign firms to find out those refusing to comply with an economic empowerment law requiring them to transfer majority stakes to local blacks. The controversial economic indigenisation and empowerment law that came into force last year requires foreign-owned firms to sell at least 51 percent shares to indigenous black Zimbabweans or face a host of punitive measures including fines or withdrawal of operating licences.

The firms had until last Sunday to submit their share-transfer plans to the economic empowerment ministry but many failed to do so, while several that submitted the plans had these turned down by the government which said they feel far short of the requirements of the empowerment law. National Indigenisation and Economic Empowerment Board boss Wilson Gwatiringa told journalists in Harare that it would launch a nationwide audit of foreign owned firms to see establish those that had failed to comply with the law. "The National Indigenisation and Economic Empowerment Board is aware that many

## Some are more indigenous than others

Stallholders at the Mupedzanhamo market on the outskirts of Zimbabwe's capital, Harare, thought they were immune to the 2008 Indigenisation and Economic Empowerment Act, which requires large businesses such as banks and mining companies to relinquish at least 51 percent of their shares or interests to indigenous Zimbabweans. They were wrong. Bustling Mupedzanhamo, where shoppers can buy anything from hairpins to refrigerators, has for many years provided traders with a small income and an escape from the country's economic woes, but recently groups of youths have descended on the market, brandishing letters they claim authorise them to eject any trader that they believe is opposed to the black empowerment programme.

Miriam Raradza, 38, a stallholder and widow living in the populous nearby suburb of Mbare, was forced out of the market last month after they accused her of belonging to the opposition Movement for Democratic Change (MDC) led by Morgan Tsvangirai, the prime minister in a coalition government formed in early 2009. "They accused me and other stall owners of belonging to the MDC, which they said is opposed to indigenisation, and said we should stop doing business at Mupedzanhamo. Hundreds of people who are known MDC supporters have been booted out since the beginning of this year," Raradza told IRIN. She said members of the Chipanganos - a gang with a reputation for violence, based in Mbare and thought to have links with President Robert Mugabe's ZANU-PF party - had hijacked the stalls and, in some cases, also the goods that their victims were selling, she said. "I have been robbed of the only source of income that I had for about eight years. The money that I realised from the sale of used clothes was enough to send my three children to boarding school and buy all basic items," Raradza said.

non-indigenous companies have not complied with the indigenisation law as they are reluctant to submit their indigenisation plans for approvals," he said. "In order to ensure total transformation of our economy to transform in line with government's broad based indigenization and empowerment policy, the board will be undertaking a wide scale compliance audit across all sectors of the economy." Gwatiringa said an estimated 700 firms were yet to submit share transfer plans to the government.

President Robert Mugabe's previous government used its majority in Parliament in 2007 to ram through the indigenisation law requiring all foreign-owned companies to cede at least 51 percent of their shares to black Zimbabweans. Critics say the empowerment campaign is a ploy by Mugabe to seize thriving businesses and hand them over to his allies as a reward for support much in the same way that the veteran leader's land reforms were executed in the name of the people but benefited his top lieutenants the most. Prime Minister Morgan Tsvangirai, who says he is for genuine indigenisation of the economy that benefits ordinary Zimbabweans, has castigated Mugabe's empowerment drive as "looting by a greedy elite".

(Harare, 28 September 2011, ZimOnline)

Stanley Ziwakaya, 42, a teacher from the low-income Harare suburb of Highfields, whose wife runs a small informal convenience store, or tuckshop, described the gangs preying on the traders as "vultures feeding on the flesh of the poor who are at the edge of death". "The militia in this area call themselves the Empowerment Brigade and are notorious for visiting vending sites, where they demand bribes from the poor vendors. They claim to be representing the youths who need economic empowerment," Ziwakaya told IRIN. A member of the "brigade", who identified himself only as Peter, defended their actions. "Empowerment does not mean just taking over the mines, banks and big factories. We cannot do that because we don't have the money, so we will start with the sell-outs who are opposed to indigenisation."

The MDC opposed the indigenisation act, passed on the eve of the violent 2008 elections, when ZANU-PF lost its parliamentary majority for the first time since independence from Britain in 1980, and Mugabe lost the first round of the presidential elections to Tsvangirai, who subsequently withdrew from the second round in protest over the political violence. After pressure from the Southern African Development Community, a regional body, and the international community, a unity government was set up in 2009.

Tsvangirai has called the indigenisation programme a ZANU-PF political campaign strategy meant to win votes, and during a recent visit to the US described it as a "warped indigenisation policy [that] has eroded investor confidence". According to John Robertson, a Harare-based economic consultant, "This policy is the direct opposite of empowerment. The number of Zimbabweans who are poor, and those who will become poorer, will increase. The net effect is far more poverty and far less self-sufficiency." He said ZANU-PF militias were using the flag of indigenisation to take over the businesses of "already struggling people, and what is

worrying is that the police seem to be blessing their actions because they are not being arrested".

Robertson told IRIN it was likely that the indigenisation policy would force many foreign-owned companies to close down, leading to further job losses, while people struggling to find jobs would fail to do so because investors would keep away. He compared the indigenisation policy to the fast-track land reform programme launched in 2000, which led to the forced eviction of more than 4,000 white commercial farmers, often leaving the farm workers homeless and without a livelihood. "The land reform programme seriously injured the economy, thrived on clear violations of human and property rights and led to widespread misery. This is what will happen with the indigenisation programme," he said.

## Food voucher scheme benefits HIV-positive people

Vulnerable people living with HIV in Zimbabwe are benefiting from an electronic voucher scheme being used to fight malnutrition among people on antiretroviral (ARV) therapy and their families by providing them with nutritious food. The system, introduced by the UN World Food Programme (WFP) and implemented by the health ministry and NGOs, involves identifying malnourished patients who are then given electronic vouchers to buy food at specific shops.

The country's economic collapse in the past decade has significantly strained the ability of poor HIV-positive Zimbabweans to feed themselves and their families when on ARVs. An estimated 570'000 Zimbabweans are receiving the medication; HIV prevalence - one of the world's highest - is 13 percent. Prices remain comparatively high for families with low incomes and little or no access to US dollars, despite the improved availability of food. The Zimbabwean dollar was discontinued in 2009 as a solution to hyperinflation, and replaced by currencies such as the US dollar, South African rand and Botswana pula, but unemployment levels are extremely high and many people do not have access to these currencies.

Two months ago, 42-year-old John Mugove of Rugare, a low-income suburb about 8km to the southwest of the capital Harare, collapsed while seeking medical attention at an opportunistic infections (OI) centre and had to be hospitalized for two weeks, leaving his four children to fend for themselves. Mugove had long abandoned his small furniture-making business due to recurring illness, and could barely raise money to cover basic family essentials such as food and school fees. He has been looking after his children alone after his wife ran away when he became critically ill and tested HIV positive three years ago. "Bringing food home is such a big headache. Debt collectors are also demanding the money that I owe the hospital," Mugove told IRIN/PlusNews. "My worry has

## South Africa – Deportation of Zimbabweans tearing families apart

Doreen Sibanda, 27, was among the first undocumented Zimbabwean nationals to be deported in early October 2011 after South Africa apparently lifted its more than two year moratorium on expulsions imposed following widespread xenophobic violence in 2008. "I was on my

Welshman Ncube, president of the smaller MDC faction and minister of industry and commerce in the coalition government, said there were problems with the implementation of the empowerment programme and also a lack of transparency. "There would always be cases of greed, abuse and personal gain in the implementation of a programme like the indigenisation drive, but what is important is that everything that is done by the government is made transparent to avoid the problems. That way, we can also be able to bring the culprits to book," Ncube told IRIN. There have been signs of economic recovery since the formation of the unity government in 2009, but economic activities are often subject to political decisions.

(Harare, 14 October 2011, IRIN, fm/go/he)

not been to get nutritious food, but just any food that can fill our stomachs. My last-born son, like me, has been diagnosed HIV positive. He is malnourished and easily falls ill, partly because the food I give him is of poor quality," he added. Mugove recently visited a clinic and was advised by the nurse to register for the e-voucher food assistance programme at Harare Hospital near low-income suburbs southwest of the capital.

The programme supports about 5'000 patients and their families with essential food items and is operating at seven health facilities in the capital and has been extended to the second-largest city, Bulawayo. Catholic Relief Services (CRS) and Help from Germany (HfG) are the implementing NGO partners working with the health ministry. Patients on ARVs or TB treatment who are malnourished are referred to register with the scheme. During registration, adults' weight and height are measured to determine body mass while children have their upper arm circumference measured to determine if they are malnourished. Beneficiaries then have to answer questions that help establish if their households are food insecure. Patients are given vouchers, in the form of scratch cards similar to mobile phone airtime cards, which they take to designated retail outlets for specific rations that are "good for one month and for a maximum family size of five people", in addition to 10kg of corn soya blend they receive at registration.

The rations comprise maize-meal, beans and vegetable oil and beneficiaries receive the food aid for six months but that period is extended if they are still malnourished. "A big number of patients on ARVs come from poor and vulnerable households that cannot afford nutritious food and this makes the e-voucher system very essential," AIDS activist Martha Tholanah told IRIN/PlusNews. "But there is a need to go beyond addressing current problems such as malnourishment and ensure that patients receive help that enables them to sustain themselves and their families through income-generating projects," she cautioned.

(HARARE, 20 October 2011, IRIN, fm/kn/mw)

way to the shops to buy porridge for my four-year-old son when I was stopped by the police [in the inner city Johannesburg suburb of Berea] who asked for my passport and residence permit. I lied to them that I had forgotten them at home but they never gave me a chance," Sibanda told IRIN. "They took me to a police station where they locked me up. I begged to be accompanied to go and collect my son but none of the police

officers took me seriously. The only thing they told me was that they were deporting me because I was living in South Africa illegally," she said. Sibanda, who earns a living as a hair braider, failed to take advantage of a window of opportunity presented by the South African government to regularize her status in the country, because she feared it was a ploy to identify undocumented foreign nationals and expel them.

The South African Home Affairs department introduced the moratorium, through the Zimbabwe Documentation Process (ZDP) in April 2009, to allow undocumented Zimbabweans living in the country a chance to formalize their stay by applying for, and being issued with, residence and work permits. The International Organization for Migration (IOM) estimates that 1-1.5 million Zimbabwean migrants are living in South Africa, but only 275,000 had applied to be regularized through ZDP by the 31 December 2010 deadline, and the department has so far only issued permits to just over half of them. South Africa's director-general of home affairs, Mkuseli Apleni, had told parliament that deportations would not resume until the ZDP was completed. Police appear to be acting on an internal directive sent by Apleni on 27 September 2011 (IRIN has a copy), instructing the police service, as well as the defence force and home affairs offices to start deporting undocumented Zimbabwean nationals.



Braam Hanekom of People Against Suffering, Oppression and Poverty (PASSOP), a Cape Town-based refugee rights NGO, told IRIN his organization had lodged a complaint with the parliamentary portfolio committee for Home Affairs, because of the "underhand method" used for the resumption of Zimbabwean deportations. In a statement PASSOP said: "We cannot believe that the same week that the director-general briefed the [portfolio] committee on the Zimbabwean Documentation Project, he failed to mention that he was about to sign a directive that ordered the resumption of deportations of Zimbabweans. This directive essentially ended a moratorium on deportations of Zimbabweans and authorized the first sizable deportations of Zimbabweans in over two years."

Apleni said at a Cape Town press conference on 12 October that about 55,000 undocumented foreign nationals were deported in 2010 and "the top five groups of

nationalities were from Lesotho, Malawi, Mozambique, Democratic Republic of Congo and Nigeria." Hanekom said with Zimbabweans now eligible for deportations, this number was "likely to increase three-fold."

After Sibanda spent two days at a Johannesburg police station, where she said visitors were forbidden, she was transferred to the Lindela Detention Centre in Krugersdorp and joined hundreds of other Zimbabwean nationals awaiting deportation. Since arriving back in Zimbabwe she has been in regular contact with her roommate in Johannesburg who is looking after her son, but since her deportation the toddler has fallen sick. "I am worried about my son's health and have no choice but to go back. Besides, I don't see how I can earn a living here," said Sibanda, who is raising the money selling second-hand shoes with her sister at a market in Chitungwiza, about 30km south of the capital Harare. In recent years South Africa has redeployed troops along the Zimbabwe border to try and stem the flow of undocumented migrants, but Sibanda said she would return the same way she did two years ago - by bribing immigration officials.

Zimbabwe's decade long economic malaise and political violence has acted as a spur for migrants to seek employment in neighbouring states, as well as Europe and the USA, but South Africa remains the destination of choice for most, because of its large economy and easy access.

Vincent Houver, the IOM chief of mission in Zimbabwe, told the media recently at an event marking UN Day that IOM was providing deportees with transport, psychosocial and medical support assistance. "From October 7 to yesterday (19 October 2011), the IOM has assisted 530 Zimbabwean deportees but the figure of people who have been deported is obviously much higher than that," Houver said.

Dickson Mukamba, 30, from Chitungwiza, who worked as a car washer in the Johannesburg inner city suburb of Hillbrow, told IRIN he was deported despite applying for a residence permit through the ZDP. "The police did not give me a chance to prove that I was waiting for my permit. I was busy washing cars when they raided us and they would not allow me to go and get my passport and the papers showing that I had

applied for the permit, even though we were just a few metres away from where I lived," Mukamba told IRIN. He alleged one of the police officers assaulted him after he had insisted on fetching his documents and was also denied a chance to appeal against his deportation after arriving at Lindela. "I left my passport, clothes and money behind and it will be difficult for me to go back, unless one of my friends manages to send me my travel document," Mukamba said, adding that during his return to Zimbabwe, other deportees had told of how they had left behind medication, or had been unable to inform their families of their predicament. However, he said some of the deportees "have themselves to blame because they did not bother to apply for the permits, probably because they are criminals or just did not trust the Home Affairs department."

(Harare, 25. October 2011, IRIN, fm/go/cb)

# Landwirtschaft

## Give resettled farmers title: banker

Naume Muza

Zimbabwe's government should give title to black villagers resettled on former white commercial farms newly to pave way for banks to lend to the new farmers against their properties, one of the country's leading bankers has said. TN Bank founder Tawanda Nyambirai said only when farmers hold title that is transferable to other parties would they be able to use it as collateral to secure loans from banks they need to boost production. The government has not given resettled farmers title to land arguing that doing so could see banks seizing land from defaulting borrowers and later to transferring it to the rich with capacity to pay for it.

But Nyambirai, in a speech to mark the official opening of the Kadoma agricultural show here, failure to give title to farmers was a major obstacle to them securing funding from banks that are reluctant to give unsecured loans. He said: "Our Government needs to encourage the flow of capital as the banking sector is strained to assist farmers due to (an unclear) land tenure system. Government must come up with a proper land tenure system that gives certainty on the part of the resettled farmers that he is on the land today but will not be kicked out tomorrow." The Government must give the same assurance to the banking sector that the land is transferable to

a second market in case there is default by farmers who could have taken financial loans."

The new farmers have in the past relied on free or heavily marked down seed, fertilizer and other inputs from the government. But analysts say banks and other private funders need to resume funding agriculture even a nascent recovery in the sector is to be sustainable. The agriculture sector has this year shown encouraging signs of rebounding after a decade of decline blamed on President Robert Mugabe's chaotic and often violent seizure of white-owned farmland for redistribution to blacks.

Rising output of tobacco and cotton, two of Zimbabwe's main farm exports, was driving recovery in the agricultural sector that was the engine of the economy before farm seizures began in 2000. But Zimbabwe will still need food assistance from international donors because although food production is on the rise it is still short of requirements. Analysts credit the recovery in agriculture - and the economy in general -- to the 2009 formation of a coalition government between Mugabe and Prime Minister Morgan Tsvangirai. Although the unity government has been rocky it has managed to stabilise the economy, while its introduction of multiple foreign currencies in place of the worthless Zimbabwe dollar helped reinvigorate farmers and encourage them to return to their fields in anticipation of real earnings.

(Kadoma, 4 October 2011, ZimOnline)

# Diamanten

## ZANU stiehlt Diamanten-Geld

Es heisst, das Militär sei durch Schwarzhandel mit Marange-Diamanten reich geworden. Auch die Zanu-PF von Robert Mugabe wurde beschuldigt, aus den Einkünften der Diamanten eine parallele Staatskasse zu füllen – zum Vorteil der Einflussreichen und zu Lasten der nationalen Entwicklung.

An einer Konferenz zum Thema „Diamanten von Zimbabwe“, organisiert vom South African Institute of International Affairs (SAIIA) und von der Heinrich Böll-Stiftung, sprachen zwei berühmte zimbabwische Bürgerrechtler und verlangten die Ausarbeitung von Gesetzen, damit die Förderung und die Verteilung der Einkünfte aus den Diamanten zum Nutzen der zimbabwischen Bevölkerung erfolge. Dewa Mavhinga von der Zimbabwe Crisis Coalition (ZCC) und Farai Maguwu vom Center for Research and Development sagten, sie glaubten, dass Finanzminister Tendai Bitis Einschätzungen richtig sei, wonach mindestens 1 Milliarde US-Dollar an möglichem Einkommen, dem nationalen Finanzamt fehlen. Biti kämpfte bis jetzt vergeblich um Kontrolle über die Einkünfte aus den Marange-Diamantenfeldern, welche der Staat nach einem Diamantenrausch von illegalen Diamantensuchern 2008 übernommen hatte.

Mavhinga und Maguwu sagten, das Verschwinden der Diamanteneinkünfte sei zu grossen Teilen das Ergebnis der parallelen Staatskasse, welche durch Zanu-PF ausserhalb von Bitis Finanzministerium geführt werde. Die Diamanteneinkünfte von dieser parallelen Staatskasse würden für Sachen verwendet, die der zimbabwischen Bevöl-

kerung nichts nutzt. Maguwu präsentierte einen detaillierten Bericht, welcher zeigte, dass Mitglieder des staatlichen Sicherheitsapparates nach wie vor in Marange illegal Diamanten abbauen. Die Diamanten werden durch Mosambik geschmuggelt. Einige Gebiete werden nun von einem Konsortium, bestehend aus der zimbabwischen Regierung und verschiedenen chinesischen Firmen, abgebaut.

Wie auch immer – eine pro-Mugabe Bürgerbewegung, die Affirmative Action Group (AAG), wies lautstark die Forderungen von Mavhinga und Maguwu zurück. Der AAG-Präsident und ehemalige bekannte Journalist bei den staatlichen Medien, Supa Mandiwanzira, sagte, alle Diamanteneinkünfte würden dem Staat bezahlt, damit er die Staatsbeamten und andere noble Sachen bezahlen könne. Er bestritt, dass Mugabe und seine Anhänger eine parallele Staatskasse betreiben, um an Diamanteneinkünfte zu kommen. Er widersprach allen, die behaupteten, höhere Beamte des Sicherheitsapparates würden sich selbst an den Diamanteneinkünften bereichern. Und er forderte alle auf, sich zu melden und Beweise vorzulegen. Er versprach, Schuldige zu verfolgen.

Mandiwanzira wurde gefragt, wie er sich erkläre, wie Innenminister Obert Mpofu, ein enger Vertrauter von Mugabe und der Mann in der Mitte bei den Diamantendeals, so stinkreich geworden sei, dass er an bester Lage in Victoria Falls und Bulawayo Immobilien besitze und dies bei einem monatlichen Ministergehalt von bis vor Kurzem 150 US-Dollar im Monat. Er wurde auch gefragt, weshalb und wie Militärbeamte, welche mit dem illegalen Diamantenhandel in Verbindung gebracht wurden, so obszön reich geworden seien. Mandiwanzira sagte, er sei nicht

befugt, über das Thema Mpofu oder über das Militär zu sprechen. Aber er sagte auch, er nehme an, dass jeder der höheren Beamten, welche als reich angesehen würden, sich ihren Wohlstand durch andere Geschäfte selbst verdient hätten, namentlich durch Landwirtschaft und in anderen Sektoren.

Die Organisatoren der Konferenz kamen unter Beschuss, da sie den Bergwerkminister und Gesellschaften, die in Marange Diamanten abbauen, nicht eingeladen hatten, damit sich diese gegen die Vorwürfe der Bürgerrechtsgruppen selber verteidigen können. Dem wurde entgegen gehalten, die zuständige Minenkommission des Parlamentes sei eingeladen worden und hätte auch ihre Teilnahme bestätigt, sei dann aber nicht aufgetaucht. Darüber hinaus startete Mandiwanzira auch einen scharfen Angriff auf Maguwu, welchen er beschuldigte, ein MDC-Aktivist zu sein. Auch den Leiter der EU-Delegation in Zimbabwe, Aldo Dell'Aricecia, verschonte Mandiwanzira nicht. Aber ein offensichtlich wütender Dell'Aricecia gab

## KP okays Marange diamonds

### Edward Jones

Global diamond regulator Kimberley Process (KP) has unanimously agreed to allow Zimbabwe to export diamonds from the controversial Marange fields, bringing to an end two years of a deep rift which divided the regulator along racial lines. In June, the KP was further polarised when African countries backed Harare to sell diamonds from Chiadzwa, but Western countries like United States, Canada and European Union refused to sanction the sell.

Industry group World Diamond Council (WDC) said yesterday the U.S., Canada and EU had finally dropped their objection to the export of diamonds, agreeing that Zimbabwe sells the Marange stones after verification by a KP monitoring team. WDC president Eli Izhakoff said in a statement that the EU played a crucial role in brokering a deal at a meeting in the Democratic Republic of Congo yesterday. "Credit also is due to Zimbabwe, the African nations led by the South Africa, the United States, and a host of individuals and delegates who put in long hours in negotiating the arrangement, which has escaped us for more than two years," Izhakoff said. "It has been a long time in coming, and I fervently hope that it allows us to move both the KP and the industry forward."

The Kimberley Process will send two monitors to Zimbabwe in the next two weeks to assess and certify the diamonds. Under the agreement, civil society groups would also be allowed to monitor mining operations in Marange, where up to five companies have been awarded licences but only three are operating. Marange Resources, which is run by the Zimbabwe Mining Devel-

## Indian Jewellers keen to import Zimbabwean diamonds

India's gem and jewellery export council hailed the recent decision by the Kimberley Process, which governs global trade in diamonds, to allow Zimbabwe to sell \$2 billion in rough diamonds from the Marange fields. The African nation had been under international sanctions since 2009 because of allegations of rights violations and torture by

Mandiwanzira Kontra für dessen Vorwurf, die EU Sanktionen über Zimbabwe würden den legalen Verkauf von Diamanten aus Zimbabwe in der EU verhindern.

Claude Karimba von der Southern Africa Resource Watch forderte Südafrika auf, seine Rolle als Mediator zu gebrauchen, um Transparenz im Management von Zimbabwes Diamanteneinkünften herzustellen. Er sagte, transparentes wirtschaftliches Verhalten sollte in das Global Political Agreement (GPA) eingeschlossen werden. Er schlug vor, eine SADC-Charta über Ressourcen auszuarbeiten, in der definiert und vorgeschrieben werden sollte, wie die Mineralien in den umliegenden Ländern abgebaut und verwaltet werden. Dell'Aricecia drängte Zimbabwe, seine Drohung, sich aus dem Kimberly Prozess zurück zu ziehen, nicht wahr zu machen.

(Johannesburg, 2 September 2011, ZimOnline; Übersetzung Nora Baud)

opment Corporation, Mbada Diamonds a joint venture between ZMDC and South African-based scrap metal firm Reclamation and Anjin, a partnership between the Chinese and Zimbabwe National Army are mining diamonds in Marange. The government has previously said Anjin had stockpiled more than 2 million carats of diamonds but is unable to ship the precious stones without a KP certificate.

The EU urged Zimbabwe to ensure mining in Marange was transparent and welcomed the role of civil society to monitor mining activities. "The EU recognises that this agreement is a positive outcome not only for the KP but also for the people of Zimbabwe, enhancing transparency so that they can benefit from the revenues that will derive from the export of their natural resources," EU high representative Catherine Ashton said in a statement. "The EU urges the Zimbabwean authorities to honour their commitments without further ado," Ashton said.

Rights groups say abuses have taken place against illegal miners, smuggling is rife and some mines in Marange remain in the hands of Zimbabwe's military. The government denies these charges. Up to 40'000 illegal miners descended on Marange in 2008 before they were forcibly chased away by the military, which is accused of killing dozens of people during the process. President Robert Mugabe has accused Western countries of seeking to block Zimbabwe from benefiting from its natural resources.

Last year, Zimbabwe was allowed by the Kimberley Process to sell a small amount of diamonds but the U.S., Canada and EU said then human rights issues still remained.

(Harare, 2 November 2011, ZimOnline)

government troops in Marange. Zimbabwe has denied allegations of human rights abuses. Rajiv Jain, president of India's Gem and Jewellery Export Promotion Council, said Tuesday's decision would stabilize the world diamond business by encouraging traders to keep illicit diamonds out of the system. Jain said while it was difficult to estimate the volume of trade from Zimbabwe, the industry has been keenly awaiting the ruling on exports from the southern African country

"Zimbabwe diamonds are 40 to 50 percent cheaper than diamonds from other sources. This will give a boost to the industry," Jain said. Sabyasachi Ray, the council's director, said the imports should begin within weeks, once the government completes formalities to lift an embargo. India is the world's biggest processor of diamonds, employing more than 1.5 million workers, with thousands of processing units located mostly in the western Indian states of Gujarat and Rajasthan. Eleven out of every 12 diamonds used in jewellery worldwide are cut and polished in India, according to the council. According to the council, Indian gem and jewellery exports jumped 47 percent to \$43 billion in the fiscal year ending March 31, from \$29.4 billion the previous year. With Zimbabwe diamonds off-limits, the industry had been sourcing its stones from South Africa, Congo and Russia through the diamond hub in Belgium, Ray said.

The Kimberley Process was set up in 2002 after brutal wars in Sierra Leone and Liberia that were fueled by "blood diamonds." Participant nations are now forced to certify the origins of the diamonds being traded, assuring consumers that they are not financing war or human rights abuses. The 60,000-hectare (140,000-acre) Marange field in eastern Zimbabwe was discovered in 2006 at the height of Zimbabwe's political, economic and humanitarian crisis. It is believed to be the biggest find in the world since the 19th century, and it triggered a chaotic diamond rush.

Human Rights Watch has accused Zimbabwean troops of killing more than 200 people, raping women and forcing children to search for the gems in Marange fields, but the Kimberley Process allowed 900,000 carats of diamonds to



be auctioned last year. The latest move allows all diamonds from the area – a stockpile of 4.5 million stones – to be sold.

(5 November 2011, timeslive, in: zimbabwesituation 6 November 2011)

## Beziehungen zu China

### Workers demand expulsion of Chinese

Edward Jones

Zimbabwean workers at Chinese cotton firm Sino-Zimbabwe Cotton Holdings at the weekend demanded the expulsion of Chinese nationals running businesses in the country after a march to protest failure by the company to pay their wages. The workers first demonstrated against the management at the company's factory near Hopley, a settlement just outside the capital Harare before marching to its headquarters in the centre of the city. The placard-wielding workers accused the management of being insensitive to their plight by refusing to increase their monthly salaries. "They are not paying our wages and yet they abuse the very same workers. Enough is enough, they should go back to their country,"

### Mugabe thanks China for support

President Robert Mugabe yesterday thanked his Chinese allies for helping defend his rule against Western countries that he says want to topple him. Speaking during a meeting with the visiting vice chairman of the standing committee of the National People's Congress of China, Zhou Tienong, hailed the strong bilateral relations between Zimbabwe and China that he said was Harare's foremost ally and supporter in the international community. "The imperialist countries of Britain, Europe and the US have continued to undermine our country. This is be-

one of the workers said during the march. Management at Sino-Zimbabwe could not be reached for comment.

Sino-Zimbabwe was last year accused of using political muscle to clandestinely purchase cotton from farmers contracted by local companies. The Cotton Ginners Association of Zimbabwe approached the High Court to stop the company from purchasing the cotton. Sino-Zimbabwe rejected the accusations. Zimbabwe has for the last seven years increasingly leaned on China to shore up its troubled economy after President Robert Mugabe fell out with Western donor nations. Critics accuse the Chinese of mistreating local employees. (. . .)

(Harare, 25 July 2011, ZimOnline)

cause of our resources but we are grateful to the stance China has always taken in defending our sovereignty," said Mugabe, who received crucial military and other support from Beijing during Zimbabwe's 1970s liberation war.

Zhou, leading a four-member delegation that arrived in Harare on Monday, called for greater cooperation between Zimbabwe and China, labeling the southern African country a "trustworthy friend of China". "The Chinese people will stand by Zimbabwe as they did in the past," said Zhou, who also rejected external interference in Zimbabwe's internal affairs.

China has emerged as one of Zimbabwe's most important political allies and trading partners since 2000 when Mugabe adopted his 'Look East' policy. The policy is premised on the need to find new trading partners and markets after traditional investors from Western nations turned against Harare in protest over Mugabe's human rights abuses, repression against political opponents and his violent land reform programme. The "Look East" policy specifically targets investors from Muslim and Asian nations

and in exchange Zimbabwe has promised minerals – including diamonds and gold – and prime land to the investors, resulting in Harare penning several investment and cooperation agreements mainly with China, Russia and Iran. Meanwhile Zhou will on Friday leave Harare for South Africa and from there will visit Ghana, the last leg of his African tour.

(Harare, 9 November 2011, ZimOnline)

## Gewalt

### A traumatized nation: RAU report

#### Fungi Kwaramba

The wounds of the liberation struggle through to the Gukurahundi phase and contemporary acts of violence and torture have seen Zimbabwe increasingly becoming a traumatized nation, with large sections of the community suffering from mental disorders. A report by the Research and Advocacy Unit (RAU) released on Friday says at least one in every 10 Zimbabweans suffers from a mental health disorder. The research, in graphic and empirical terms, details the cases of violence and torture in Zimbabwe, mainly drawing on statistics from the 2001-2009 period, but in some cases going back further. "Zimbabweans have suffered during this period of complex emergency, when the infrastructure of the country has collapsed around them," said the report. Damage to the psychological well-being of the population, according to the report, is likely to have enduring effects on the populace as evidenced by war veterans who participated in the 1970s war of liberation but are still suffering mentally 31 years on after independence.

Government sponsored programmes such as Gukurahundi of the 1980 when an estimated 20'000 people were killed by the government army and also operation Murambatsvina which saw the displacement of close to a million people have heightened mental suffering of many. In addition, many thousands of Zimbabweans have been af-

ected by torture and organized violence. The prevailing situation, where national healing and reconciliation is proving difficult to establish, has made it difficult to collect accurate figures of people who are suffering from mental health problems.

"The true scale of the problem will not be known until an enabling political and legal infrastructure is in place to facilitate the research needed to generate accurate figures. The most obvious effects are physical, seen in illnesses and injuries, which may be short-lived, but also may lead to long-term disability. However, the most persistent consequences will be psychological, and especially if the trauma was deliberately inflicted, as in torture," said the report. "There clearly are people who need individual treatment and provision has to be made for this through development of mental health services within the existing health system. At the same time, it is argued here that healing interventions of quite a different kind, focusing on communities and the social/political context, will constitute the majority of the work that needs to be done. One small study, in Gwanda district, indicated that five adults in 10 over the age of 18 were suffering from significant psychological disorders, with over 90% of the sample reporting an experience with organized violence and torture," noted RAU.

(4 November 2011, thezimbabwean, in: zimbabwe-situation, 6 November 2011)

### High Court rules in favour of tortured MDC member

President Robert Mugabe was dealt a humiliating blow this week when his Zanu (PF) party thugs were ordered by a High Court judge to pay \$12 000 compensation to a victim of violence that engulfed Zimbabwe's 2008 presidential run-off election. It is unlikely that the money will be paid, but lawyers for the victims plan to begin appropriating assets in Zimbabwe.

The plaintiff, Western Katiyo, who was abducted and sustained a fractured knee at the hands of Zanu (PF) militants, said the award proved that some of Mugabe's followers "are absolute thugs and terrorists". Even if he never sees the money, he said, the case brought further credibility and attention to the accusations of human rights abuses in Zimbabwe. "At least I can tell my children I did everything in my power," he told The Zimbabwean. Any money received from the suit will go first to settle medical bills.

The award was made against Robson Marozva and Phaniel Nhenda, who assaulted him in Murehwa, in 2008,

breaking his leg. Katiyo testified in the High Court how he was abducted from his home and assaulted by the defendants - who are self-proclaimed Zanu (PF) supporters. He was taken to a base at Madamombe Township in Murehwa where he was detained for three days and nights under inhuman conditions. During his detention, Katiyo was denied medical treatment and was forced to share the room with a corpse of a fellow villager who had succumbed to gruesome treatment by the defendants. Katiyo's crime was supporting the MDC, according to the thugs. Katiyo did not deny the allegations as he believed it was his constitutionally guaranteed right to freedom of association.

As a result of the assault, Katiyo sustained numerous injuries and had to undergo a total knee replacement operation. He is currently unable to walk without the aid of crutches. He is also undergoing continuous analgesic treatment to help alleviate constant pain. The High Court awarded compensatory damages for "shock, pain and suffering, loss of amenities of life, unlawful detention, loss of property" in a default judgement handed down by High Court judge, Justice Martin Makonese. Summonses

were issued against the two assailants on March 24, 2011 but the defendants, despite acknowledging receipt did not file a response and were accordingly barred from doing so in terms of the law. Consequently, the judge granted the application for a default judgement sought by Katiyo's lawyers.

The Zimbabwe Human Rights Forum documented more than 200'000 crimes from beatings to torture committed during the 2008 election campaign. It said over 200 people were killed in violence widely attributed to supporters of the ruling Zanu (PF), who were later given an amnesty for their crimes. The rights group commended the ruling by Justice Makone as a positive step towards promoting

## Woza

Friedliche Demonstrationen für bessere Lebensbedingungen trotz Gewalt

Zoe Baud

Woza (Frauen von Zimbabwe erhebt euch) setzt sich seit Jahren für bessere Lebensbedingungen ein. Immer wieder betont Woza, dass ihre Forderungen gewaltfrei durchgesetzt werden sollen. Trotzdem werden die Mitglieder und TeilnehmerInnen an den Aktionen von Woza immer wieder von der Polizei brutal verfolgt: Beschimpfungen, Schläge, Verhaftungen sind normal – trotz GPA. Woza liess sich bis jetzt nicht unterkriegen und versucht, sich das Recht zur Demonstration nicht nur weiterhin einfach zu nehmen, sondern auch auf dem Rechtsweg durchzusetzen. Im Folgenden eine Darstellung einzelner Ereignisse.

Am Nachmittag des 10. Mai 2011 wurden fünf Protestzüge von Woza mit rund 2000 TeilnehmerInnen von Polizisten gestört, welche wahllos auf die friedvollen AktivistInnen einschlugen. Der Protest von Woza richtete sich gegen die Zimbabwe Electricity Transmission and Distribution Company (ZETDC), da Elektrizität trotz hoher Kosten oft nur von zehn Uhr abends bis 3 Uhr morgens erhältlich ist und grosse Teile Bulawayos ganz ohne Elektrizität blieben. Das Ziel der Demonstranten, Protestzettel am Hauptgebäude der ZETDC anzubringen, wurde von der Polizei vereitelt, welche die DemonstrantInnen auf Abstand hielt und auf alle einprügelte, die sich dem Gebäude näherten. Die über hundert wartenden Demonstranten stimmten Protestlieder an. Zuschauer schlossen sich spontan dem Protest an und selbst Teile des Büropersonals waren mit dem Verhalten der Polizei nicht einverstanden. Der Protestzug war der Beginn einer sechswöchigen „Power to Poor People“-Kampagne, in welcher auch die „Anti Abuse of Power“-Petition eingeführt wurde. Darin enthalten sind Forderungen an die ZETDC nach Rechnungsstellung abhängig bezogener Leistung, günstigem Brennholz und Kerzen, kundenangepasster Elektrizitätszufuhr u.ä.

In einem Prozess vom 10. Mai wurden zehn Woza-Mitglieder, welche zwischen 28. Februar und 7. März verhaftet und gefoltert wurden, vom Bulawayo Magistrate Court freigesprochen. Dabei stützte sich das Gericht auf ein Urteil des Obersten Gerichts, das den beiden Woza-Führerinnen Jenni Williams und Magodonga Mahlangu bestätigte, dass die Verhaftung 2008, nach einer friedlichen Demonstration, rechtswidrig war und dass der Staat versagt habe.

respect for human rights. "This serves to deter future violators of human rights thereby fostering a culture of accountability in the communities," said the Zimbabwe Human Rights NGO Forum in a statement. "The order serves not only to compensate Katiyo for the ordeal he suffered but also as an expression of the shared societal outrage at the ill-treatment he experienced. This is a positive step towards promoting respect for human rights and serves to deter future violators of human rights thereby fostering a culture of accountability in the communities."

(6 November 2011, zimbabwesituation)

Acht Woza-Mitglieder, darunter ein 16-jähriges Mädchen und ein drei Monate alter Säugling, wurden am 24. Mai 2011 während eines friedlichen Protests gegen die schlechte Elektrizitätsversorgung verhaftet und mussten die Nacht in Untersuchungshaft verbringen. Die Mitglieder mussten sich am 15. August 2011 vor Gericht verantworten. Die Anklage lautete auf aufrührerisches Verhalten beziehungsweise Behinderung und Blockierung des Gehwegs. Die Verteidigung argumentierte mit der Freiheit der Meinungsäusserung beziehungsweise der Versammlungsfreiheit.

Am 10. Juni 2011 trafen sieben oder acht Polizisten in einem WOZA-Treffpunkt ein. Sie wiesen keinen Untersuchungsbefehl vor und benahmen sich äusserst aggressiv. Kurz vor dem erzwungenen Eintreffen der Bereitschaftspolizei konnten die sich im Haus aufhaltenden Woza-Mitglieder durch einen Hintereingang entkommen. Ein kurz darauf eintreffender Mieter, welcher kein Woza-Mitglied ist, wurde von der Polizei geschlagen und nach dem Verbleib der Woza-Mitglieder befragt. Die von den Mitgliedern alarmierten Anwälte von Zimbabwe Lawyers of Human Rights wurden bei ihrem Eintreffen sehr gewalttätig behandelt und zum Gehen aufgefordert. Später weigerte sich die Polizei, irgendwelche Begründung für diese „Invasion“ zu geben.

Bis zum 18. August wurden 38 Woza -Mitglieder willkürlich verhaftet, von welchen 24 in Untersuchungshaft gehalten und angeklagt wurden. Nach Woza zeigt dies, dass ein neues Zimbabwe aufgebaut werden muss, in welchem die Menschen frei sind, ihre eigene Meinung zu äussern. Woza forderte das Polizeidepartment nun zu einer öffentlichen Entschuldigung auf und verlangt unter anderem die Beendigung der Verfolgung.

Am 18. August 2011 wurden sechs WOZA-Mitglieder von bewaffneten Polizisten wegen Sachbeschädigung verhaftet. Die sechs Frauen hatten die Parole „Power to poor People“ gegen den schlechten Elektrizitätsservice gesprüht. Während ihrer Haftzeit wurden sie unter inhumanen Bedingungen festgehalten. Essen und Kontakt zu AnwältInnen wurden ihnen verweigert und sie wurden länger als die gesetzlich festgelegten 48 Stunden in Haft gehalten.

500 Personen beteiligten sich an einem Protest gegen den schlechten Elektrizitätsservice der Zimbabwe Electricity Supply Company (ZESA) vom 22. August 2011. Zwanzig Woza-Mitglieder wurden verhaftet, zwei davon in Handschellen. Bei den Protesten sollten die Unterschriften der Petition gegen den schlechten Service der ZESA, die seit

dem 10. Mai 2011 gesammelt wurden, zusammen mit symbolischen roten Karten und Miniatursärgen („Begrabt ZESA“) in deren Büros abgegeben werden. Von der geschätzten Million Unterschriften blieben noch 63'000, nachdem die Polizei bei der Razzia im Woza-Büro die Petitionsbögen gestohlen hatte. Die Polizei versuchte mit einem Grossaufgebot, den Protest zu verhindern. Polizisten in Kampfmontur durchsuchten Fussgänger und Buspassagiere nach Woza-Material.

Weitere Petitionsbögen mit Unterschriften sowie rote Karten und Miniatursärge wurden dem ZESA-Büro drei Tage später von weiteren Protestzügen überreicht. Die Polizei wollte dies verhindern, indem sie die Demonstranten auf 50 Meter Entfernung von dem Gebäude hielten. Alle, die die „Sicherheitslinie“ überschritten, wurden von der Polizei aufgehalten und das Material beschlagnahmt. Ein Zivilpolizist rief seinen Vorgesetzten an und verlangte erfolglos, man möge die Demonstranten in Ruhe lassen. Schliesslich fanden die AktivistInnen Alternativwege zur Überbringung der Petition. Auf die vor dem Gebäude wartenden Demonstranten fuhr ein Polizeiwagen mit hoher Geschwindigkeit zu, um diese zu zerstreuen. Noch am selben Tag reichten 30 Woza-Mitglieder eine Beschwerde wegen dieser Polizeischikanen ein.

Die Woza-Führerinnen Jenny Williams und Magodonga Mahlangu sowie 10 andere weibliche Mitglieder wurden am 21. September 2011 während einer Woza-Feier zum internationalen Friedenstag, an der Hunderte von Personen in Bulawayo teilnahmen, verhaftet. Die Inhaftierten und 20 weitere Mitglieder wurden durch die Prügel der Polizei verletzt. Ein



Mitglied musste ins Spital, einige andere mussten sich wegen eventuellen Knochenbrüchen röntgen lassen. Ironischerweise war das Motto der Feier „Peace and Democracy: Make your Voice heard“. Eine geplante friedliche Demonstration konnte aufgrund des hohen Polizeiaufgebots in der Stadt nicht durchgeführt werden. Streifenwagen patoullierten um den geplanten Demonstrationsstartpunkt herum und Polizisten verdächtigten jeden Passanten, ein Demonstrant zu sein. Einige der Verhafteten wurden rasch wieder freigelassen. Williams und Mahlangu blieben in Haft im Mlondolozhi Gefängnis in Bulawayo. Anklagepunkte: Kidnapping und Diebstahl. Ihr

Gesuch um Freilassung wurde abgewiesen. Beide waren dort schon 2008 für drei Wochen inhaftiert worden und sehr schlecht behandelt worden. – Fortsetzung: Woza-Mitteilung 1 und 2.

## Woza – Mitteilung 1

### Williams und Mahlangu auf Kautions frei

An der Demonstration zum Friedenstag vom 21. September 2011 wurden unter anderen auch die zwei Woza-Führerinnen Jenni Williams und Magodonga Mahlangu verhaftet. Am Abend des 4. Oktobers wurden beide vom obersten Gericht nach Zahlung einer Kautions aus dem Mlondolozhi-Gefängnis entlassen. Beide sind in guter Verfassung.

## Woza – Mitteilung 1

### Williams und Mahlangu wieder in Haft

Die Woza-Führerinnen Jennifer Williams und Magodonga Mahlangu hatten am 6. Oktober um neun Uhr einen erneuten Gerichtstermin im Tredgold Magistrates Court vor Richter Tawanda Muchemwa. Sie werden bis zum 12. Dezember 2011 in Untersuchungshaft bleiben. (. . .)

Williams und Mahlangus Mitinhaftierte von den Friedenstagprotesten vom 21. September reichten gegen die Polizeioffiziere, welche die Polizeieinheiten an diesem Tag befehligt hatten, eine Anzeige ein. Die Polizisten hätten sie bei der Verhaftung beschimpft und verprügelt. Der befehlshabende Polizist der Verbrechenpräventionsein-

Die Freilassung auf Kautions lässt trotz weitverbreiteter Justizirrtümer Spuren der Rationalität im zimbabwischen Strafrechtssystem erkennen. Unser Wunsch ist es, dass sich diese Inseln der Respektierung der Rechtsnorm allmählich über das gesamte System ausbreiten, sodass alle BürgerInnen in den Genuss der ihnen zustehenden Rechte kommen. (. . .)

(Bulawayo, 4. Oktober 2011, wozazimbabwe, Übersetzung Zoe Baud)

heit habe zusammen mit anderen Beamten die Frauen „Beche“ (Shona für Vagina) und „Beche ramai vako“ (die Vagina deiner Mutter) genannt, während sie auf die Menschenrechtsvertreterinnen mit Stöcken einschlugen.

Gestern Mittwoch wurde der Fall einem Untersuchungsbeamten zugeteilt. Doch entsprechend der gegenwärtigen Politik wurden die Opfer gebeten, den Täter selber ausfindig zu machen. Heute besuchten die betroffenen Frauen in Begleitung von Williams und Mahlangu die Polizeizentrale von Bulawayo, um den Polizisten zu suchen. Sergeant Dziki wurde erkannt, direkt konfrontiert und gebeten, die Frauen zum Untersuchungsbeamten zu begleiten, was dieser verweigerte. Die AktivistInnen konnten sich seinen Namen und die Dienstnummer beschaffen

und übergaben diese an den Untersuchungsbeamten. Die Dienstnummer ist IR 7900/11.

Nach dem Polizeiangriff auf das Woza-Büro vom 10. Juni wurde am 1. Juli 2011 eine formelle Anzeige bei der Rechtsabteilung der Polizei eingereicht. Doch ausser der polizeilichen Durchsuchung des Hauses zur Entfernung der untergeschobenen Dokumente und Pistolenkugeln erhielten sie keine weiteren aktuellen Informationen. Ein von Polizisten im Büro gestohlenes und noch in deren Besitz verbliebenes Nokia X3 Mobiltelefon mit einer MTN Sim Card sowie 400 USD wurden nicht herausgegeben.

Eine andere Anzeige von einem Einbruch und Diebstahl in einem anderen Woza-Eigentum vom Dienstag, 27. Oktober 2011, bleibt unbeachtet und ununtersucht. Die Polizisten der zentralen Polizeistation von Bulawayo, die die Anzeige erhielten, weigerten sich sogar, einen Fall anzulegen und eine Aktennummer zuzuweisen.

Die Woza-Führerinnen Jenni Williams und Magodonga Mahlangu trafen sich am 12. September 2011 mit der Global Political Agreement Joint Monitoring and Imple-

mentation Committee (JoMIC)-Belegschaft in deren Geschäftsstelle. Die Zusammenkunft wurde von den drei Repräsentanten der politischen Parteien, Frank Chamunorwa (MDC), Oppah Muchinguri (Zanu-PF) und Thabita Kumalo, sowie deren Verbindungsstabsmitarbeitern, besucht. Während diesem Meeting wurde die WOZA gebeten, alle Vorfälle von Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei zu melden und die Anzeigen zusammen mit den Polizeikennzeichen dem JoMIC mitzuteilen. Leider ist aber die Zusammenarbeit zwischen den Woza-Mitgliedern und der Polizeizentrale von Bulawayo erwiesenermassen schwierig.

Unglücklicherweise gibt es in Zimbabwe keine unabhängige Beschwerdestelle. So wird vom untergeordneten Untersuchungsbeamten erwartet, seinen Vorgesetzten zu disziplinieren. Folglich ist unklar, wie effektiv dieser Prozess ist, aber es ist ein Versuch für ein zukünftiges Übergangsgerichtsverfahren.

(Bulawayo, 7. Oktober 2011, wozazimbabwe; Übersetzung Zoe Baud)

## Kirche

### Aus unserer Werkstatt – Reflexionen zur Situation in Mbare

P. Oskar Wermter SJ

Dieser Tage helfe ich ein paar arbeitslosen Männern in der Gemeinde, sich eine Schreinerwerkstatt einzurichten – in unserer Garage. Aber vielleicht sollte ich auch mal von meiner eigenen "Werkstatt" berichten. Die Erfahrungen in der Gemeinde in Mbare mit all seinen sozialen Problemen wollen reflektiert werden. Sie spiegeln die Schwächen des ganzen Landes wieder. "Es gibt keine Arbeit!" ist die Klage. Aber natürlich gibt es Arbeit. Es gibt unendlich viel zu tun. Der Müll muss weggekartt werden. Die zerfallenen Mietwohnungen müssen umgebaut werden. Aber es fehlt an Kapital, um Arbeitsplätze zu schaffen. Und am politischen Willen, das wirklich an die Spitze der Tagesordnung zu setzen. Politiker greifen gierig nach von anderen geschaffenen Schätzen, sind aber unfähig, selber etwas Neues zu schaffen, Produktion in Gang zu setzen. Eine neue unabhängige Tageszeitung gibt mir die Möglichkeit, alle paar Wochen eine Spalte zu schreiben.

Zunächst bin ich natürlich Pfarrer in Mbare mit einer offenen Türe für die geplagten, meist arbeitslosen Menschen dort mit ihren täglichen Sorgen: Wo kommt die nächste Mahlzeit für die Familie her? Wir können karitativ helfen, aber das Grundübel können wir vor Ort kaum beseitigen. Das sind weitreichende Strukturfragen, die die Politik und die große Wirtschaft angehen. Ich bin kein Politiker, und insofern machtlos, genau wie die Menschen hier. - Aber als Publizist habe ich wenigstens die Möglichkeit, den Finger auf die Wunden zu legen und zu sagen, wie sie geheilt werden können, was oft ein Umdenken erfordert. Zum Beispiel Gewalt: In einem anderen Artikel habe ich auf das historische Erbe von Gewalt hingewiesen, die am Ende die Gewalttäter selber vernichtet. Das sind keine akademischen Gedankenflüge. Ein Nachbar und Gemeindeglied, der politisch die "herrschende Partei" kritisch befragt und einer Bürgervereinigung angehört, wurde Abend für Abend von Parteirabauken belästigt. Als er die Nervensäge nicht mehr aushielt, stellte er sich der Terror-

bande. Sie schlugen ihn wund und entführten ihn. Zwei Tage später rief er seine Frau an. "Mach Dir keine Sorgen. Ich bin in Lusaka/Zambia [Nachbarland]." Mittlerweile ist er zurück und hat mir alles erzählt. Die Menschen hier leben in Furcht, weil sie ständig bedroht und eingeschüchtert werden. Dass der Präsident sich gegen Gewalt ausspricht, ist bedeutungslos, solange seine Anhänger Terror verbreiten. Solche Erfahrungen sind das Material für meine "Werkstatt".

Was heisst eigentlich "Verantwortung" in der Politik? Dass Volksvertreter sich "verantworten", bzw. Antwort geben auf die Fragen derer, die sie gewählt haben. "Alle Gewalt geht vom Volke aus." Das hat sich hier noch nicht herumgesprochen. Mein Artikel vom letzten Samstag war ein kleiner Beitrag zu politischer Bildung. Die führenden Politiker der letzten drei Jahrzehnte müssen die Verantwortung übernehmen für viele Gewalttaten und Blutvergießen. Sie müssen dafür Rede und Antwort stehen. Ein Sprecher des Regimes erklärte, dass der Bürgerkrieg "Gukurahundi" von 1983 – 87 "erledigt" sei. 20'000 Opfer "erledigt"? Das kann doch wohl nicht sein. Da warten wir noch auf Antworten. Selbst das Regime hat zugegeben, dass es ein "Augenblick des Wahnsinns" gewesen sei. Darauf hat meine Zeitungsspalte hingewiesen.

Dieses Jahr war ich so stark von der Gemeinde in Mbare beansprucht, dass die Medienarbeit - ich bin nebenher zuständig für unser Medienbüro "Jesuit Communications" – etwas zurückgestellt werden musste. Trotzdem haben wir drei Ausgaben unserer Zeitschrift geschafft, und an der Nummer für Weihnachten arbeiten wir. Die laufende Nummer ist über das Thema "Church Holy and Yet Sinful" – "Die Kirche heilig und doch sündig". Ein aktuelles Thema, aber nicht neu. John Henry Newman (1801 – 1890) hat darüber reflektiert und Karl Rahners Aufsatz "Die Kirche der Sünder" erschien bereits 1948.

Die erste Nummer des Jahres war über das "Gemeinwohl", Thema auch eines Bischofs-wortes. Reines Selbstinteresse schafft nicht Wohlstand für alle. Zum Beispiel: Wohnungsbau für die unteren Einkommensschichten bleibt immer hinter dem Bedarf zurück, wenn Profit der Motor sein soll. Das Wohnungselend von Mbare zeigt das sehr klar. Investoren stecken ihr Geld in Wohnungen für die Wohl-situierten. Wohnraum für die kleinen Leute zahlt sich für sie nicht aus. - Die folgende Nummer war über das Thema "Eine neue Staatsverfassung für Zimbabwe". Ein führender Experte für Verfassungsrecht schrieb den Hauptartikel. Das zentrale Problem ist bei uns, wie man unbegrenzte Machtkonzentration in einer Hand verhindern kann.

Unsere Leute hier haben die unglückliche Neigung, dem Mann an der Spitze zuviel Macht zuzugestehen. Das macht sich auch in der Kirche bemerkbar. Ich war seit langem sehr besorgt über die Führer unserer Jugendgruppen. Sie benahmen sich wie kleine Tyrannen. Wie die "Grossen" in der Politik, hielten sie endlose Reden, ohne wirklich etwas zu bewirken. Und den Mädchen gaben sie keine echte Chance, einen eigenen Beitrag zu leisten. Keine Ahnung von "Führung als Dienst". Eine gut geplante Tagung hat ihnen jetzt die Augen geöffnet. Wir danken dafür P. Dominic Tomuseni SJ, der aus unserer Gemeinde stammt. Zusammen mit Farai Mahati, die jetzt die Gesamtführung unserer Jugend hat, und P.George Bwanali

## Further Challenges for the Church

Patricia Walsh

Historically the Churches have a long tradition of working with the people of Zimbabwe. In the rural areas it was the Churches that were the main suppliers of education and health in particular to the African population before Independence. After Independence the new Government of the day had the health and education of the people as top of their priority list and in particular the people in the rural areas. This was indeed a welcome new emphasis for everybody. At the same time we saw a proliferation of Non Government Organisations (NGOs) coming into the newly independent Zimbabwe, they assisted with programmes throughout the country and worked with Government and the Churches. During the decades for varying reasons many of the NGOs moved on to other countries, now that South Africa had majority rule the "safe base" of having the NGO's office in Harare/Zimbabwe was not as exciting or as politically correct as that of Johannesburg, Pretoria or Capetown.

Some of the NGO's remained in Zimbabwe. These NGO's and the Churches have worked well together (in most cases) throughout the decades for the overall good of the people of Zimbabwe. Over the years, in particular with the US Dollarization of Zimbabwe it has become increasingly difficult for the Churches to continue paying the salaries that they would like to pay their staff, on the other hand most of the International NGOs are paying high salaries, the result of this is that as the Churches educate and train their staff the best educated and most experienced of them leave for highly paid jobs in the NGO sector. These huge discrepancies in salaries are also a cause of friction for staff who are often employed in the same institution but paid by different employers. The

SJ, für die Jugend zuständig, muss er jetzt das "neue Bewusstsein" in Taten umsetzen. (. . .)

Wichtige Mitarbeiter sind für uns die Männer und Frauen, die die jungen Leute auf die Eheschließung vorbereiten. Drei Wochenendseminare im Juli, August und September gaben ihnen dazu das Werkzeug. Kommunikation zwischen Partnern muss gelernt werden, sagen Peter und Sifelani Kumbawa, die das dritte Seminar gestalteten. Jetzt wollen wir ein kleines Zentrum aufbauen, wo Material (Bücher, DVDs etc) zu haben ist und Referenten vermittelt werden. Wir wollen Mediziner, Juristen und Eheberater an der Ehevorbereitung beteiligen. Hier ist das noch eine neue Idee.

Wir haben einen neuen Vorratsraum für Hilfsgüter für die Bedürftigen und eine Küche mit Gasherd für Pfarrfeste und für die tägliche Versorgung der Schulkinder, die ohne gegessen zu haben zur Schule kommen und dann vor Schwäche umfallen. Die alte Feuerstelle fraß viel Holz auf und verpestete die Luft. Wir kommen nicht darum herum: Solange die Wirtschaft nicht Arbeitsplätze schafft, müssen wir versuchen, der Armut karitativ beizukommen. (. . .) Zugleich aber beginnen wir mit Selbsthilfe – Projekten (Schreinerei, Schneiderei). (. . .)

(Harare, 18. Oktober 2011, aus einem Brief an den Freundeskreis von O. Wermter)

health sector is a good example where most Mission hospitals have their approved staff paid government salaries but some staff may be employed for a specific programme by an NGO at a much higher salary.

During the past months I have spent some considerable time at various mission hospitals and most of the time is spent talking about salaries and how to supplement the salary of the lowest paid worker, who in most cases is hard working, committed and providing an excellent essential service to the hospital. Why do I write about this problem? I see it as a huge issue of justice or perhaps in some cases an injustice. When the mission hospitals appeal to donor agencies for funding the reply is almost always in the negative. Most donor agencies are not prepared to top up salaries of staff.

Mission hospitals continue to provide health care to most of the rural population even today in Zimbabwe. At one of our hospitals during the past week I witnessed where people have travelled several hundreds of kilometers to the hospital as they believe that they will get good care and that most of the essential medicines will be available.

What is the solution to the problem of these differences in payment of staff at these hospitals and clinics? It puts a huge burden on the Mission employees who are charged with the running and administration of the hospitals. In a recent interview a 75 year old man said he did not have time for NGOs because in his words "They come here with their fancy cars to teach us something new. They take us to fancy hotels in Harare and give us 10 dollars for allowances. After two days the workshop is over and if you ask the people who attended what they learnt, they

won't tell you anything but describe for you how nice the experience was of staying in a hotel" – when asked what he thought NGOs should do he replied " they should stay with us, get to know us here in our poor areas not just for a workshop but for years. You cannot expect to change our customs and problems in a two day workshop" !

Most Church based hospitals, clinics and other services for the poor and sick are based in the rural areas and it would seem as if they should be penalised for this – perhaps if we would listen to the wisdom of this elderly gentleman there would be improved understanding of where the NGOs should be based. In a peri urban area I frequently visit one will see many NGO vehicles coming in most of them will have 4 – 5 people in them and in most cases they have left the area again within the hour, what a lot of salaries for very little! – how many rural health workers could be given that little extra from the cost of salaries for the "high powered" delegation who make these short "fact finding field trips" !

It is said that Zimbabwe is a "rich" country but in our hospitals, orphanages and other such places we are still waiting to see proof of this! As already mentioned there is a good working relationship between the Church institutions, Government and NGOs but there are huge discrepancies also.

In a previous article I mentioned how we are in the process of youth training for various skills, to date we have trained about 200 in the past year, many of these young people have managed to start up little informal business and some we have managed to get employment for but again we come up against big financial problems. In one case a young lady who was brought up in one our Children's Home trained for and get a diploma in Agriculture after many years of formal study. This was a great moment for the young woman whose dream it was to "help feed people in Zimbabwe by producing our own vegetables in our own country" . This young lady left the home, got married and has a little child (husband unemployed). In an attempt to become less reliant on large amounts of donations to run the Home and feed the children we invested in all the basic necessary to start a garden. She was in charge of the garden, she had the assistance of one other employee. They worked extremely hard, showed a lot of initiative and were very proud of the vegetables they were producing. Now that the wages have been significantly increased for welfare organisations (which the Children's Home is) we find that the salaries paid to the two employees is about 50% above what we could use for buying the vegetables! The national farmers pay a much lower salary and can produce the vegetables at a much cheaper rate. As the

Home is not in a position to supplement this garden project it has been decided to employ only one person or ask both employees if they are prepared to work only part-time; a soul destroying situation for all concerned.

The Children's Home has approx 100 children, all of them placed in the Home by Social Welfare. Most of the children have been abused in various ways; over 20% of them are HIV positive. As the children are all from Social Welfare we depend on payment from welfare for them but during this past year the Home received an amount of US\$ 4'563.- (in total) for all of the children. The school fees alone cost US\$ 42'225.- for the year. There is a very large sum of money which needs to be raised every year for the children. The Home is blessed with some very good individuals who year after year contribute what they can towards the



upkeep of the children, this is a great blessing but in the long term what is the future for Church based services? Sure, we are only a little country on a very big map but I believe that the issue of payment of salaries for staff in such Church related work is a major problem and has grave consequences for the future.

It is true, there is a financial world wide crisis – which we have difficulty in understanding when we watch the news on TV and see how many "expensive wars" there are in so many countries! When the banks and the bankers run into financial problems we have big meetings which will sort the problems out – one way or another but who will bail out the Church related work that is taking place quietly but very effectively (in most cases) in all corners of the world. What can we do about the issue of salaries from donor organisations for our staff? What is the way forward? It has been suggested by some that we employ younger people so that they start at a lower salary scale – might be a good suggestion. But what about the staff who have worked for many years in the particular hospital, Children's Home or any other Church related institution?

## Jahresbeitrag 2011 \*

Wir danken den Mitgliedern der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe, die ihren Jahresbeitrag bereits bezahlt haben. Wir bitten jene, die noch keine Möglichkeit dazu gehabt haben, vom beiliegenden Einzahlungsschein Gebrauch zu machen. Besten Dank im Voraus.

- 30 Fr. für Einzelpersonen
- 50 Fr. für Familien
- 100 Fr. für Organisationen

Mit ihrem Beitrag ermöglichen sie es der Vereinigung, ihre Aktivitäten weiterzuführen und den Kontakt und Austausch zwischen SchweizerInnen und ZimbabweerInnen zu fördern.

\* All jene, die den Jahresbeitrag schon einbezahlt haben, können diese Aufforderung ignorieren.  
If you have paid your annual fee, please ignore this request.

## Annual Membership Fee 2011 \*

We thank the members of the Swiss-Zimbabwean Friendship Association who have paid their annual membership fee. We kindly ask those who have not yet had an opportunity to do so to make use of the enclosed paying-in slip.

- 30 Swiss francs for individuals
- 50 Swiss francs for families
- 100 Swiss francs for collective members

With your contribution you enable the Association to continue with its activities and to enhance contacts and exchange between Swiss and Zimbabwean nationals.

Do we dismiss them early with very little pension, no hope of further employment? Is this how we reward their commitment and hard work for their years of working with the children and the sick?

How do we retain a skilled workforce in the Church based and health facilities for the future? In most cases we are unable to offer after their many years of dedicated service the extra opportunities which they would deserve, opportunities for research and professional development. In the past weeks our Minister of Health announced that Zimbabwe is releasing 2000 nursing graduates from a bonding scheme after they failed to secure jobs in the health service. They could not get jobs because the Ministry of Finance froze all new recruitment. However the Minister felt that it would be "cruel to continue to prevent newly-qualified nurses from seeking jobs in the region and beyond". What a tragedy, the Church related hospitals, clinics care Homes etc which are so short staffed could have absorbed all of these new nurses if they only had the funding to pay them. Once they leave the country most of them will not return again.

We are grateful for all the wonderful work that so many good NGOs are doing but we ask for a little share of their big salary bills for the people who are in the field doing the work every hour of every day for

very little money. All have to pay the same bills when buying food or paying for their school going children. Who will make the decision and help to break the cycle of excessively paid and the underpaid? We hope that such help would not have to be long term but that Government will again be able to take more responsibility for people employed in essential services when the economy is again stabilised.

(Harare, 17 October 2011. Patricia Walsh OP is a Dominican Missionary Sister.)

### Rundbrief im Internet

Auf der Homepage des Afrika-Komitees – [www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch) – finden sich die neueren Rundbriefe der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe unter der Rubrik "Zu Gast beim Afrika-Komitee" (zuerst auf der Seite).

Zum Rundbrief gelangt man auch, indem man bei Google "Rundbrief der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe" eingibt.

### Impressum:

Vereinigung Schweiz-Zimbabwe / Swiss-Zimbabwean Friendship Association

c/o J. Brogli, Postfach 62, 6405 Immensee  
PC 40-16370-6

Redaktion: Gertrud Baud, Joe Brogli

Fotos zum Thema Landschaft: E. Matare: 3, 5, 10, 13, 16, 19; T. Hummel: 7

Layout: Joe Brogli, Gertrud Baud

Druck: Bethlehem Mission Immensee

Versand: Joe Brogli

Rundbrief im Internet: [www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch) (vgl. Hinweis in der rechten Spalte)

Unsere Quellen sind u. a.:

- [www.zimonline.co.za](http://www.zimonline.co.za)
- [www.zimbabwesituation.com](http://www.zimbabwesituation.com)
- [www.wozazimbabwe.org](http://www.wozazimbabwe.org)
- [www.daily-news.co.za](http://www.daily-news.co.za)
- [www.allafrica.com/zimbabwe](http://www.allafrica.com/zimbabwe)
- [www.thezimbabwean.co.uk](http://www.thezimbabwean.co.uk)
- [www.zimbabwenetzwerk.de](http://www.zimbabwenetzwerk.de)
- [www.kubatana.net](http://www.kubatana.net)
- [www.changezimbabwe.com](http://www.changezimbabwe.com)

Dandemutande Listserve:

[email@dandemutande.org](mailto:email@dandemutande.org)